

Steuern und Steuerflucht



Steuergerechtigkeit als Basis für eine
solidarische Gesellschaft, funktionierende
Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung

Inhaltsverzeichnis

04 – 13

Einleitung

Vorwort
Aufbau des Heftes, Zielbestimmung und Lehrplananbindung
Inhaltliche Einführung
Übersicht Methoden

14 – 23

Modul A – Steuergrundlagen

Methode A1 – Tabu-Spiel zu Begriffen rund um Steuern
Methode A2 – Wie finanziert sich ein Staat?
Methode A3 – Staatliche Ausgaben

24 – 31

Modul B – Gesellschaftliche Gerechtigkeit

Methode B1 – Begriffsbedeutungen
Methode B2 – Schokoladenspiel Gleiche Rechte = Gleiche Chancen?
Methode B3 – Positionen beziehen und diskutieren

32 – 43

Modul C – Steuerflucht

Methode C1 – Zitate Steuerzahlungen
Methode C2 – Wie vermeiden Unternehmen Steuern?
Methode C3 – Quiz Kapitalflucht
Methode C4 – Kurzfilme Steuerflucht
Methode C5 – Internationale Steuergerechtigkeit

44 – 63

Modul D – Folgen für Länder des Globalen Südens

Methode D1 – Interview Global Alliance for Tax Justice
Methode D2 – Stationen Steuerflucht und Steueroasen
Methode D3 – Ausgebeutete Demokratische Republik Kongo

64 – 67

Anhang

Lektürehinweise
Impressum

Vorwort

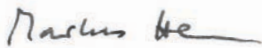
Sehr geehrte Lehrerinnen und Lehrer,
liebe Interessierte,

Steuern begleiten den Menschen ein Leben lang. Jugendliche zahlen schon Steuern wie die Mehrwertsteuer. Und ihnen begegnet, was Steuern bewirken: Schulen, Straßen, öffentlicher Nahverkehr, öffentliche Sozialleistungen und vieles mehr. Fast allen Menschen auf der Welt geht es ähnlich, doch in ärmeren Ländern fehlen oft die Steuereinnahmen, um einen leistungsfähigen Staat aufzubauen. Was Steuern leisten können und was nicht, sollen Schüler_innen mit diesem Lehrmaterial besser verstehen und bewerten können.

Zugleich sollen sie sich mit dem Problem vertraut machen, dass einzelne Menschen oder Unternehmen Steuern hinter-

ziehen, durch Tricks Steuerzahlungen vermeiden oder gar als mächtige Akteure in einem Land den Staat einfach ausrauben. Diese Vorgänge werden oft durch Steueroasen und Schattenfinanzplätze möglich gemacht. Hier liegt der zweite Schwerpunkt des Materials. Die Schüler_innen erkennen, wie diese Missstände besonders in ärmeren Ländern der Bevölkerung massiv schaden.

Wir hoffen, dass Ihnen das Material hilft, das Thema Steuern und gesellschaftlicher Zusammenhalt sowie das Problem von Steuerflucht sowohl in Europa als auch in Ländern des Globalen Südens zielgruppengerecht zu bearbeiten.



Markus Henn, Referent für Finanzmärkte, WEED



Sarah Godar, Koordinatorin, Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland



Jens Mätschke, Referent, EPIZ

Aufbau des Heftes

Das vorliegende didaktische Heft gliedert sich nach einer Einführung in vier inhaltliche Module „Steuergrundlagen“, „Gesellschaftliche Gerechtigkeit“, „Steuerflucht“ und „Folgen für Länder des Globalen Südens“, in denen verschiedene Methoden zur Bearbeitung der Themen mit Kopiervorlagen für die Schüler und Schülerinnen (im Folgenden SuS) vorgestellt werden. Die Methoden stehen nicht zwingend in einer logischen Reihenfolge und können je nach Zeit, Vorwissen und Rahmen des Unterrichts frei zusammengestellt werden.

Grobziele des didaktischen Materials

SuS wissen, was Steuersysteme sind, auf welchen Grundlagen Steuern erhoben werden, wie Staaten Steuergelder ausgeben und welche Bedeutung dies für einen funktionierenden Staat, den gesellschaftlichen Zusammenhalt, Gerechtigkeit und eine Demokratie hat. Sie erkennen, dass sie von den Leistungen des Staates profitieren und können die Pflicht zur Steuerzahlung begründen.

Sie verstehen, dass Personen und Unternehmen die Infrastruktur, Einrichtungen und Dienstleistungen eines Landes nutzen, Werte für ihr Unternehmen oder ihr Vermögen schaffen und dass sie sich über Steuern an der Finanzierung des Staatshaushaltes beteiligen sollten. SuS erkennen, dass Privatpersonen und Unternehmen, die ihre Vermögen und Erträge nicht versteuern, sich ihrer gesellschaftlichen Pflicht entziehen, und dass diese Gelder in öffentlichen

Haushalten für alle Bewohner_innen des Landes fehlen bzw. von anderen gezahlt werden müssen. SuS können dieses Verhalten ethisch bewerten, unabhängig davon, ob diese Methoden gegen staatliche Gesetze verstoßen.

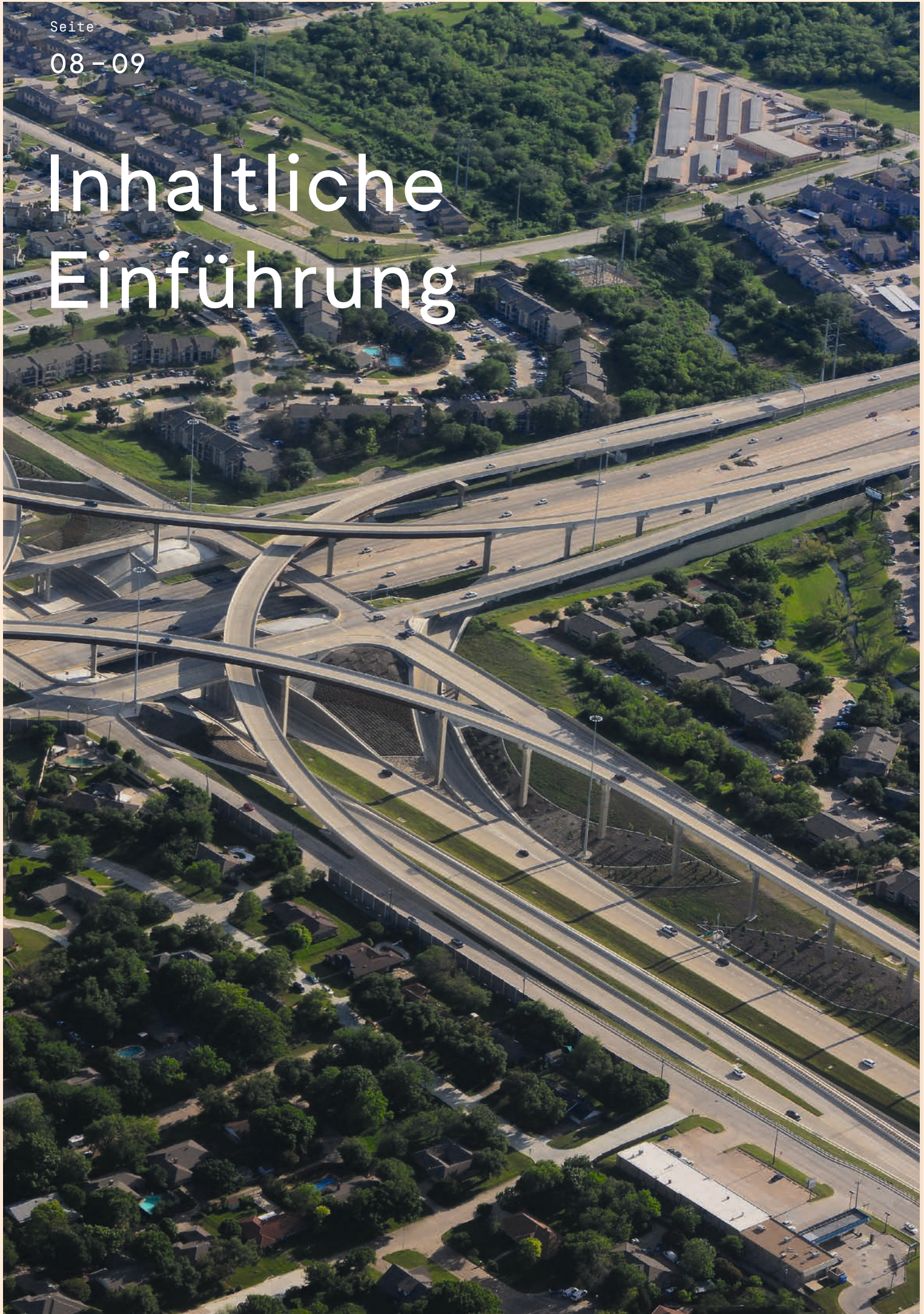
SuS ist bewusst, dass fehlende Steuereinnahmen und Kapitalflucht besonders in Ländern des Globalen Südens zu Armut und mangelnder staatlicher Infrastruktur führen. Sie erkennen unterschiedliche Machtpositionen von verschiedenen Staaten und Unternehmen und damit einhergehende Veränderungsmöglichkeiten.

SuS sind Ansätze für ein national und international gerechteres Steuersystem bekannt. Sie sind in der Lage, Forderungen an Politik und Unternehmen zu formulieren.

Lehrplananbindung

Das Material knüpft an Aspekte und Themenfelder des Berliner Rahmenlehrplans der Sekundarstufe II an: im Ethikunterricht an das Themenfeld „Mensch und Gemeinschaft“, in Philosophie an „Mensch und Gesellschaft“, in Politikwissenschaft an „Globales Wirtschaften contra nationale Politik“ oder „Globalisierung als ökonomischer, politischer (völkerrechtlicher), gesellschaftlicher und ökologischer Prozess“, in Sozialwissenschaft an „Wirtschaftspolitik“ oder in Wirtschaftswissenschaft an „Wirtschaftspolitische Handlungsfelder“.

Inhaltliche Einführung



Steuern

Steuern sind heute das Fundament jedes Staates: Die Bevölkerung eines Staatsgebiets leistet Zahlungen an die zentrale Staatsgewalt. Sie hat dadurch zwar keinen Anspruch auf eine ganz bestimmte Leistung, aber dennoch eine legitime Erwartung, dass das Geld vernünftig ausgegeben und nicht verschwendet wird.

Historisch hat es schon immer Abgaben der Bevölkerung an die jeweilige Herrschaft gegeben, oft solche, die als sehr bedrückend empfunden wurden. Systematisiert und umfassend erhoben wurden Steuern zunächst vor allem zum Zwecke der Kriegsfinanzierung. Mit der Demokratisierung des Staatswesens und dem Ausbau sozialstaatlicher Aktivitäten knüpften sie sich jedoch zunehmend an Gegenleistungen des Staates für die Bevölkerung oder die Bürger_innen. Einige heute übliche Steuern wie die Einkommen- oder die Mehrwertsteuer wurden erst im 19. bzw. 20. Jahrhundert eingeführt. In einer Demokratie sollten heutzutage die Wähler_innen darüber entscheiden, welche Ausgaben des Staates ihnen besonders wichtig sind.

Den Steuern werden in der Regel drei Hauptfunktionen zugesprochen:

1. Einnahmen (zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben)
2. Umverteilung (von den reicheren zu den ärmeren Teilen der Bevölkerung)
3. Steuerung (zum Beispiel über Umweltsteuern)

Darüber hinaus verbindet sich mit Steuern auch eine politische Dimension: Der Leitspruch im amerikanischen Unabhängigkeitskampf war nicht umsonst „No taxation without representation“. Heute beschreibt dies jedoch nicht immer die Realität, denkt man z.B. an die vielen ausländischen Mitbürger_innen, die Steuern zahlen, aber nicht wählen dürfen.

Die Finanzierung staatlicher Aufgaben ist zweifellos die Hauptaufgabe von Steuern. Die konkreten Ausgaben variieren zwar von Staat zu Staat, doch gibt es Leistungen, die fast immer vom Staat finanziert werden: Behörden, Gerichte, Armee, Polizei, Gefängnisse, Feuerwehr, Schulen, Universitäten, Straßen, Sozialleistungen – die Liste ließe sich beliebig verlängern. Manchmal werden diese Leistungen

nicht über Steuern finanziert, sondern über Gebühren oder Beiträge, bei denen jede_r für die Leistung an sich bezahlt. In Deutschland sind zum Beispiel die Rente, die Krankenversicherung oder die Arbeitslosenversicherung so organisiert, während manche andere Staaten diese Leistungen mit Steuern finanzieren.

Letztlich kommt es darauf an, dass die öffentliche Hand den Bürgern_innen oder der Bevölkerung die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechte sichert sowie Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz verwirklicht. Besonders im globalen Maßstab ist dies nicht selbstverständlich. Deshalb ist es umso wichtiger, dass überall ausreichend Steuern erhoben werden können, damit die Staaten ihren Verpflichtungen nachkommen. Mit den „Nachhaltigen Entwicklungszielen“ (Sustainable Development Goals), die 2015 von den Vereinten Nationen beschlossen wurden, aber auch durch andere Regelwerke, gibt es für alle Staaten der Welt einen verbindlichen Rahmen.

In ärmeren Ländern werden in der Regel deutlich weniger Steuern erhoben als in Industrieländern. So sind es in den ärmsten afrikanischen Ländern nur rund 17 Prozent der Wirtschaftsleistung, während der Durchschnitt der OECD-Länder rund 35 Prozent beträgt.

Das liegt nicht nur an der geringeren Wirtschaftsleistung, sondern auch daran, dass ein Großteil der wirtschaftlichen Aktivität im informellen Sektor stattfindet, dadurch nicht statistisch erfasst wird und daher geringere Spielräume für die Steuererhebung bestehen. Entsprechend schwächer sind die Steuerverwaltungen: So stehen in Tansania 87 Beamte_innen pro 100.000 Einwohner_innen zur Verfügung, während der Weltdurchschnitt bei 820 liegt. Auch sind ärmere Länder eher abhängig von wenigen Steuerarten oder Steuerzahler_innen, auch da die Einkommen vieler Personen gar nicht erfasst werden. In Burundi kommen 20 Prozent des gesamten Steueraufkommens von einer einzigen Firma.

Steuerhinterziehung und Geldwäsche

Globale illegale Finanzströme unterminieren die Steuereinnahmen und Rechtssysteme vieler Staaten. Es handelt sich schätzungsweise um hunderte Millionen, wenn nicht gar mehr als eine Billion US-Dollar jährlich. Hinter diesen Finanzströmen stecken sehr verschiedene Aktivitäten: organisierte Kriminalität und Terrorismus, Steuerhinterziehung, gefälschte Rechnungen oder auch das Ausplündern von Staaten durch korrupte Eliten.

Ein bedeutender Teil der illegalen Kapitalflucht ereignet sich in Ländern des Globalen Südens. Für 33 afrikanische Staaten beziffern die Ökonomen Léonce Ndikumana und James Boyce die Fluchtgelder zwischen 1970 und 2008 auf mindestens 944 Milliarden US-Dollar. Gleichzeitig hatten dieselben Staaten im Jahr 2008 Auslandsschulden von 177 Milliarden US-Dollar, unter anderem bei Deutschland.

Diese illegalen Finanzströme destabilisieren ganze Länder und untergraben nötige Steuereinnahmen für den Aufbau funktionierender Staatlichkeit. Den Schaden tragen Menschen überall: als Opfer von Kriminalität, über mangelhafte Rechtsstrukturen, durch Armut und höhere Belastungen für diejenigen, die diese am wenigsten tragen können.

Geld aus illegalen Quellen soll durch das Verschieben über Grenzen hinweg in legales Vermögen verwandelt, also weißgewaschen werden. Geldwäsche ist dabei nicht nur eine Folge, sondern auch eine wichtige Voraussetzung für Kriminalität und den Aufbau illegaler Vermögen. Die Ausmaße dieser Praktiken sind dramatisch, auch wenn die genaue Höhe der Schwarzgeldflüsse und -vermögen der Natur der Sache nach unbekannt bleiben muss. Der Leiter des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) mutmaßte 2009, Banken hätten nach der Finanzkrise 352 Milliarden US-Dollar aus dem Drogenhandel gewaschen und seien nur dadurch vor dem völligen Kollaps bewahrt worden.

Begünstigt werden die illegalen Flüsse durch die Existenz von Steueroasen oder – wie man besser sagen sollte – Schattenfinanzplätzen. Dies sind Staaten oder Rechtsordnungen, die sich vor allem durch drei Merkmale auszeichnen: erstens hohe Geheimhaltung (zum Beispiel der Eigentümer_innen von Konten, Firmen oder Trusts), zweitens unzureichende Regulierung (zum Beispiel extrem leichte Firmengründung ohne Eigenkapital oder Prüfungen) und drittens niedrige oder keine Steuern (insbesondere für Ausländer_innen oder ausländische Gesellschaften). Der Umfang der in Schattenfinanzplätzen versteckten Gelder wurde in verschiedenen Studien der letzten Jahre auf 7–32 Billionen US-Dollar geschätzt.

Die Rolle Deutschlands und deutscher Akteure im Zusammenhang mit illegalen Finanzströmen ist nicht rühmlich. Das spiegelt sich unter anderem darin wieder, dass Deutschland Platz acht im Schattenfinanzindex 2015 des Tax Justice Network belegt. Besonders bei der Bekämpfung der Geldwäsche bestehen große Defizite. Viele korrupte Politiker_innen haben oder hatten Vermögen in Deutschland, darunter der Ex-Präsident von Ägypten, Hosni Mubarak,

oder der Ex-Präsident von Tunesien, Zine El Abidine Ben Ali. Deutsche Banken, allen voran die großen Privatbanken wie die Deutsche Bank, bieten ihre Dienste weltweit an. Das kann eine Rolle spielen, wenn im Ausland Geld gewaschen wird. Nur ein Beispiel: Der frühere Finanz- und Energieminister Kenias, Chris Okemo, und der Manager des staatlichen Energiekonzerns Kenya Power, Samuel Gichuru, sollen in den Jahren 1999 bis 2002 Bestechungsgelder des multinationalen Konzerns Alcatel-CIT über eine Scheinfirma („Company T“) auf Mauritius erhalten haben. Die nötigen Geldtransfers wurden unter anderem von einer Tochter der Deutschen Bank in Mauritius geleistet. Das zeigt, dass die Deutsche Bank die Herkunft der Gelder nicht in ausreichender Weise prüfte. Okemo ist zurzeit in 15 Fällen, Gichuru in 40 Fällen der Bestechung und Geldwäsche in Jersey bzw. Großbritannien angeklagt. Der Fall wird noch verhandelt.

Steuervermeidung von Unternehmen

Ein weiteres globales Problem ist die aggressive Steuervermeidung von Unternehmen mithilfe zweifelhafter Methoden und Tricks, um die eigenen Steuerzahlungen zu senken. Diese sind zwar nicht offensichtlich illegal, dennoch werden hier oft rechtliche Lücken und Grauzonen ausgenutzt. Auch die Steuervermeidung führt zu Einnahmeverlusten der Staaten. Sie verschafft aber zudem einzelnen Unternehmen einen unfairen Wettbewerbsvorteil, besonders den multinationalen gegenüber den nur im Inland tätigen.

Die Unternehmen nutzen vor allem den Umstand aus, dass ein Großteil des internationalen Handels – die OECD schätzt, ungefähr die Hälfte – innerhalb von multinationalen Unternehmen stattfindet. Diese unternehmensinternen Transaktionen werden von den Unternehmen so bepreist, dass die Gewinne in den Ländern mit wenig Steuern anfallen, die Verluste aber in Ländern mit hohen Steuern. Dass dies funktioniert, liegt am aktuellen System der internationalen Unternehmensbesteuerung: Dabei werden nämlich die Teile jedes Konzerns in den jeweiligen Ländern einzeln betrachtet und deren Gewinne ermittelt, die dann besteuert werden können. So ist es möglich, Gewinne über interne Geschäfte zu verschieben.

Um dies zu verhindern, gelten heute sehr umfangreiche Regeln – häufig basierend auf Standards der OECD – für unternehmensinterne Preise („Verrechnungspreise“). Dafür gibt es zum einen nationale Steuergesetze, zum anderen global rund 3.000 bilaterale Steuerabkommen. Die Grundregel ist dabei, dass unternehmensintern dieselben Preise verwendet werden müssen wie extern, also mit anderen Unternehmen.

Die Regel klingt einfach, ist aber praktisch schwer umzusetzen. Selbst bei eingehender Prüfung und Bewertung ist es schwer bis unmöglich, den Wert immaterieller Güter, vor allem geistiger Eigentumsrechte wie an Patenten oder Marken, genau zu bewerten. Denn ein Patent oder eine Mar-

ke wie Apple zeichnet sich ja gerade durch Einmaligkeit aus. Zudem arbeiten multinationale Konzerne oft mit einer über viele Staaten hinweg integrierten Wertschöpfungskette, um ein einziges Produkt zu erzeugen. Den Beitrag der einzelnen Staaten zum Endprodukt zu ermitteln, ist kaum möglich. Auch bei der unternehmensinternen Vergabe von Krediten ist es sehr schwer, noch eine Kontrolle über die Angemessenheit der Zinsen zu haben.

Steueroasen nutzen diese Schwierigkeiten aus und bieten den Unternehmen besonders günstige Möglichkeiten, große Güter-, Dienstleistungs- oder Kapitaltransfers durchlaufen zu lassen und so der Steuer zu entziehen. Das Paradebeispiel dafür sind die Niederlande, die deshalb einige Jahre auf dem Papier der größte Investor der Welt waren, noch vor den USA, China oder Deutschland. Oft werden dabei nicht einfach die allgemeinen Steuersätze gesenkt, sondern es gibt Sondersteuersätze, zum Beispiel für Patenteinnahmen oder Lizenzgebühren. Hinzu treten komplexere Methoden, wie etwa wenn zwischen zwei Staaten die Definitionen über einen bestimmten Typ von Finanzierungs-transaktion nicht übereinstimmen.

Dieses Geschehen lässt sich nur schwer in Zahlen fassen. Allerdings gibt es nachgewiesene Extrembeispiele: Apple soll laut der Europäischen Kommission auf seine Gewinne in der Steueroase Irland 2014 nur 0,005 Prozent Steuern bezahlt haben. In Indien sparte Vodafone dadurch, dass ein Unternehmenskauf über die Steueroase Mauritius getätigt wurde, rund 2 Milliarden US-Dollar. Den globalen Steuerverlust bezifferte die OECD im Jahr 2015 auf jährlich 100-240 Milliarden US-Dollar, während die UNCTAD von Verlusten von jährlich rund 100 Milliarden alleine für Entwicklungsländer ausgeht.

Auch deutsche Großunternehmen sind in Steueroasen aktiv und strukturieren ihre Investitionen im Ausland über Tochterfirmen in Steueroasen. Und sie profitieren häufig von Steuererleichterungen, die ausländische Regierungen anbieten, zum Beispiel im Rahmen von Sonderwirtschaftszonen.

Reformen

Gegen die Steuerhinterziehung wurde in den letzten Jahren vor allem der automatische Austausch von Steuerinformationen zwischen einem Großteil der Staaten vereinbart. Über 100 Staaten werden ab 2017 bzw. 2018 Daten gegenseitig austauschen, darunter auch viele Steueroasen. Das ist ein großer Fortschritt gegenüber der alten Intransparenz, aber es bleibt noch abzuwarten, ob der Austausch umgangen und ob er auch wirklich umfassend stattfinden wird.

Immer wichtiger sind außerdem die Regeln gegen Geldwäsche. Seit 1990 legt die Financial Action Task Force (FATF), ein Verbund vor allem von Industriestaaten, Empfehlungen zur Bekämpfung der Geldwäsche fest. Die zentralen Prinzipien sind zum einen, dass Finanzfirmen und eine Reihe von Berufen jede_n ihrer Kunden_innen kennen

(d.h. identifizieren) und bei Unstimmigkeiten eine Verdachtsanzeige an die staatlichen Behörden geben müssen. Eine besondere Aufmerksamkeit soll dabei „politisch exponierten Personen“ gelten. In jedem EU-Land muss es seit neuestem ein zentrales Register geben, in dem die wahren Eigentümer_innen („wirtschaftlich Berechtigte“) aller Firmen, Stiftungen, Trusts und anderer Rechtskonstrukte jedem mit „berechtigtem Interesse“ zugänglich sind.

Gegen die Steuervermeidung der Unternehmen gibt es vor allem einen Prozess, der 2013 von den G20- und OECD-Staaten unter dem Titel „Base Erosion and Profit Shifting“ (BEPS, zu Deutsch Gewinnverlagerung und Gewinnverkürzung) ins Leben gerufen wurde. 2015 wurden in dem Prozess 15 Maßnahmen beschlossen, um die Steuervermeidung zu bekämpfen. Darin enthalten sind Regeln zur Verbesserung der Verrechnungspreise, länderbezogene Berichte für Großkonzerne, Regeln gegen Briefkastenfirmen, Grenzen für unternehmensinterne Zinszahlungen und ein Verbot bestimmter schädlicher Sondersteuersätze. Doch viele der Maßnahmen werden von Experten_innen als unzureichend eingestuft.

Auch 2017 laufen noch Folgeprozesse im BEPS-Projekt. Dazu gehört ein neu geschaffenes multilaterales Steuerabkommen und ein sogenannter „Inclusive Framework“, in dem alle Staaten der Welt die BEPS-Mindeststandards (das sind vier der 15 Maßnahmen) übernehmen und weiterentwickeln können. So sehr diese Schritte zu begrüßen sind, so problematisch bleibt, dass die meisten Staaten der Welt nicht oder kaum an der Erstellung beteiligt waren und nun einfach nur die Ergebnisse übernehmen sollen. Deshalb wird von diesen Staaten gefordert, die internationale Steuerpolitik bei den Vereinten Nationen zu verankern, nicht wie jetzt bei G20 und OECD.

Übersicht Methoden

Name	Dauer	Ziel	Material
Tabu-Spiel	15 Min.	Einstieg ins Thema, Abfrage Vorwissen	Abfrage Karten mit Begriffen
Wie finanziert sich ein Staat?	45 Min.	Übersicht Steuerbelastungen und Nutzen durch staatliche Finanzierung	Rollenbeschreibungen, Schaubild (Ausdruck oder per Beamer)
Staatliche Ausgaben	30 Min.	Überblick staatliche Ausgaben und Bezug zu den SuS	Klassensatz Ausgabe-listen, Schaubilder
Begriffsbedeu-tungen	45 Min.	Auseinandersetzung mit sozialer Gerechtigkeit, Wohlstand, Fairness und gutem Leben	Flipchartpapier, Zitate
Schokoladenspiel Gleiche Rechte = Gleiche Chancen?	90 Min.	Notwendigkeit staatlicher Sicherstellung von gleichen Chancen für alle Bürger_innen erkennen	Felder 1 – 25, Schoko-ladenbonbons, große Schokolade, Würfel, Lose
Positionen beziehen	25 Min.	Erfahren verschiedener Perspektiven auf Steuerzahlung	Karten "gerecht" und "ungerecht"
Zitate Steuerzahlungen	30 Min.	Auseinandersetzung mit Pflicht zur Steuerzahlung	Arbeitsauftrag, Zitate
Wie vermeiden Unter-nehmen Steuern?	25 Min.	Erläuterung der Funktionsweise der Steuer-vermeidung von Konzernen	Kopierte Aktivitäten
Quiz Kapitalflucht	30 Min.	Aufzeigen von Relevanz / Bedeutung der Steu-erflucht von Unternehmen und Privatpersonen	Fragekarten mit Punktzahl, Überschrift Kategorien
Kurzfilme Steuerflucht	15 oder 30 Min.	Einblick in legale Tricks von bekann-ten Unternehmen und ethische Bewertung	Film
Internationale Steu-ergerechtigkeit	20 Min.	Aufzeigen von Ansätzen und Entwicklungen, Einschätzung über Realisierungsmöglichkeit	Karten "realistisch" und "nur schwer umsetzbar"
Interview Global Alli-ance for Tax Justice	25 Min.	Bedeutung von Steuereinnahmen für Länder des Globalen Südens erkennen	Klassensatz Interview
Stationen Steuerflucht und Steueroasen	45 Min.	Schädigende Wirkung von Steuerflucht erkennen	Diverse Bilder und Infor-mationsblätter
Ausgebeutete Demokratische Republik Kongo	30 Min.	Zusammenhänge zwischen historischer und aktueller Ausbeutung und Armut im Land erkennen	Ereignisse, Jahreszahlen "1500" und "2000", Weltkarte

Modul A – Steuergrundlagen



Methode A1 – Tabu-Spiel zu Begriffen rund um Steuern

Inhaltliche Zielrichtung:

Einstieg in das Thema und Abfragen des Vorwissens der SuS zum Thema Steuern.

Methode:

Kurze Einzelreferate

Dauer:

15 Minuten

Material:

Begriffe auf kleinen Kärtchen (siehe Kopiervorlage)

Ablauf:

Alle SuS erhalten einen Begriff, den sie nacheinander der Gruppe erklären sollen, ohne den Begriff selbst oder Wortbestandteile davon zu verwenden. Die Gruppe soll möglichst schnell den Begriff erraten. Wird das Wort oder Bestandteile davon verwendet, so gilt der Begriff als nicht erraten und ein neuer Begriff muss von der Person gezogen werden.

Die Methode kann als Wettkampf angeleitet werden, wenn die Klasse in Kleingruppen eingeteilt wird, und möglichst schnell die Begriffe der anderen Gruppenmitglieder erraten werden sollen.



Einkommensteuer	Kolonialismus
Gewinnmaximierung	Ökonomie
Haushaltsplan	Bruttoinlandsprodukt
Steuerhinterziehung	Korruption
Steueroase	Fairness
Infrastruktur	Briefkastenfirma
Kindergeld	Finanzamt
Gerechtigkeit	Steuerflucht
Umverteilung	Bodenschätze
Geldwäsche	Vermögenssteuer
Unterfinanzierung	Mindeststeuersatz
Machtverteilung	Tochterunternehmen
Steuergesetz	Erbschaft
Steuererklärung	Finanzkrise
Wohlstand	Patentschutz

Methode A2 – Wie finanziert sich ein Staat?

Inhaltliche Zielrichtung:

SuS erhalten eine Übersicht über grundlegende Steuerzahlungen von verschiedenen Akteuren in einer Gesellschaft und den Nutzen, den diese wiederum durch staatliche Förderungen und Investitionen haben. Verschiedene Bedeutungen von Steuern sollen sichtbar gemacht werden.

Methode:

Diskussion in Arbeitsgruppen, Visualisierung

Dauer:

45 Minuten

Material:

Rollenbeschreibungen, Schaubild Steuereinnahmen (Ausdruck oder per Beamer, siehe Kopiervorlagen)

Ablauf:

Die Klasse wird in maximal sieben Arbeitsgruppen aufgeteilt und jede Gruppe versucht aus der Perspektive einer Person heraus Aspekte zu finden, wo diese Person Steuern zahlt und wie diese Person staatliche Unterstützung, Infrastruktur oder Dienstleistungen üblicherweise nutzt. Die AGs erhalten eine kurze Beschreibung verschiedener Personen, haben 15 Minuten Zeit und visualisieren ihre Ergebnisse auf Moderationskarten. Im Anschluss stellen die Gruppen im Plenum ihre Ausarbeitungen vor und in der Zusammenführung aller Gruppen entsteht ein Tafelbild zu „Wo werden Steuern gezahlt?“ und „Wo werden staatlich finanzierte Unterstützungen oder Infrastrukturen genutzt?“.

In der abschließenden Diskussion können durch ein Schaubild die Steuereinnahmen des deutschen Staates nach

Steuerart und deren Höhe verdeutlicht werden. Der Nutzen staatlicher Ausgaben soll ebenfalls verdeutlicht werden: Er reicht von der Bereitstellung von Infrastruktur (z.B. Straßen, Schulen oder Verwaltungen) bis zur sozialen Absicherung (z.B. längere Absicherung bei Arbeitslosigkeit oder das Kindergeld). Unterstützungsleistungen werden sowohl aus allgemeinen Steuereinnahmen, als auch aus geleisteten Beitragszahlungen finanziert.

Hintergrundinformation:

Steuern sind Pflichtabgaben für das Allgemeinwesen und werden von Bund, Bundesländern und Gemeinden erhoben. Sie sind die größte Einnahmequelle und Grundlage für die Ausgaben des Staates. Steuern sind nicht zweckgebunden und wandern unabhängig davon, worauf sie erhoben wurden, in den Haushalt. Neben den Steuern erheben der Staat bzw. öffentliche Einrichtungen weitere Abgaben wie Sozialversicherungsbeiträge, mit denen konkrete Sozialsysteme wie Renten-, Kranken-, Pflege- oder die Arbeitslosenversicherungsbeiträge (ALG I) finanziert werden.

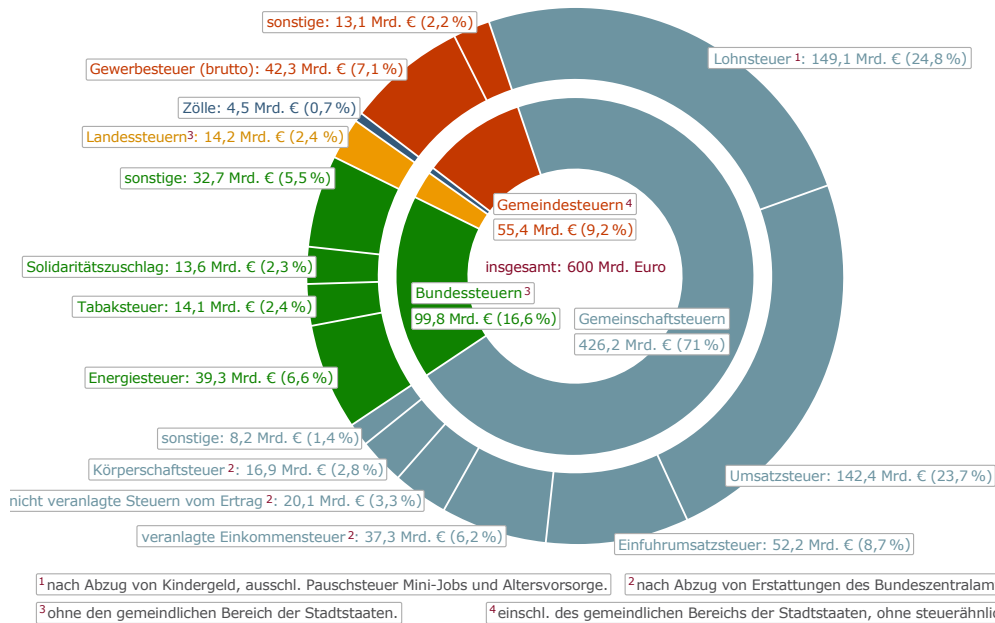
Als föderaler Staat haben der Bund, die Länder und die Gemeinden unterschiedliche Aufgaben zu erfüllen und erhalten von verschiedenen Steuern unterschiedliche Anteile. Zum Beispiel erhalten der Bund und die Länder je 42,5 Prozent der Lohn- und Einkommensteuer. 15 Prozent gehen an die Gemeinden. Andere Steuern gehen komplett an eine Gebietskörperschaft. Typische Bundessteuern sind Energie- oder Tabaksteuer. Landessteuern sind beispielsweise Erbschaft- / Schenkungsteuer oder die Biersteuer. Gemeindesteuern sind unter anderem Gewerbe- oder Hundesteuer.

Schaubild: Steuereinnahmen nach Steuerarten

© Bundeszentrale für politische Bildung

■ ■ Steuereinnahmen nach Steuerarten

Kassenmäßige Steuereinnahmen in absoluten Zahlen und Anteile in Prozent, 2012



Quelle: Statistisches Bundesamt: Finanzen und Steuern
 Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de B
 undeszentrale für politische Bildung, 2014, www.bpb.de



1. Schülerin oder Schüler an einem Gymnasium

Versetzt Euch bitte in die Rolle der Person und versucht, deren Perspektive einzunehmen. Sammelt und notiert auf Moderationskarten, welche Steuern diese Person üblicherweise an den Staat zahlen muss und wo sie staatliche Unterstützung in Anspruch nimmt oder staatliche Infrastrukturen oder Dienstleistungen nutzt.

.....

2. Angestellter oder Angestellte in einem Supermarkt

Versetzt Euch bitte in die Rolle der Person und versucht, deren Perspektive einzunehmen. Sammelt und notiert auf Moderationskarten, welche Steuern diese Person üblicherweise an den Staat zahlen muss und wo sie staatliche Unterstützung in Anspruch nimmt oder staatliche Infrastrukturen oder Dienstleistungen nutzt.

.....

3. Chefin oder Chef eines kleinen Handwerksbetriebes

Versetzt Euch bitte in die Rolle der Person und versucht, deren Perspektive einzunehmen. Sammelt und notiert auf Moderationskarten, welche Steuern diese Person üblicherweise an den Staat zahlen muss und wo sie staatliche Unterstützung in Anspruch nimmt oder staatliche Infrastrukturen oder Dienstleistungen nutzt.

.....

4. Geschäftsführerin oder Geschäftsführer eines multinationalen Konzerns in der Automobilbranche

Versetzt Euch bitte in die Rolle der Person und versucht, deren Perspektive einzunehmen. Sammelt und notiert auf Moderationskarten, welche Steuern diese Person üblicherweise an den Staat zahlen muss und wo sie staatliche Unterstützung in Anspruch nimmt oder staatliche Infrastrukturen oder Dienstleistungen nutzt.

.....

5. Rentnerin oder Rentner mit einem größeren Vermögen

Versetzt Euch bitte in die Rolle der Person und versucht, deren Perspektive einzunehmen. Sammelt und notiert auf Moderationskarten, welche Steuern diese Person üblicherweise an den Staat zahlen muss und wo sie staatliche Unterstützung in Anspruch nimmt oder staatliche Infrastrukturen oder Dienstleistungen nutzt.

.....

6. Arbeitslose Person

Versetzt Euch bitte in die Rolle der Person und versucht, deren Perspektive einzunehmen. Sammelt und notiert auf Moderationskarten, welche Steuern diese Person üblicherweise an den Staat zahlen muss und wo sie staatliche Unterstützung in Anspruch nimmt oder staatliche Infrastrukturen oder Dienstleistungen nutzt.

.....

7. Politikerin oder Politiker einer Partei im Bundestag

Versetzt Euch bitte in die Rolle der Person und versucht, deren Perspektive einzunehmen. Sammelt und notiert auf Moderationskarten, welche Steuern diese Person üblicherweise an den Staat zahlen muss und wo sie staatliche Unterstützung in Anspruch nimmt oder staatliche Infrastrukturen oder Dienstleistungen nutzt.

Methode A3 – Staatliche Ausgaben

Inhaltliche Zielrichtung:

SuS erhalten einen Überblick, in welcher Höhe und für welche Zwecke ein Staat Gelder ausgibt. Sie erkennen den Bezug zu ihrem Leben.

Methode:

Referat, AG, Diskussion

Dauer:

30 Minuten

Material:

Kopien Ausgabenliste, ggf. Gesamtübersicht Bundeshaushalt (siehe Kopiervorlagen)

Ablauf:

In der Einleitung dieser Methode wird eine kurze Geschichte von einer jugendlichen Person erzählt, die auf vielfältige Weise von staatlich finanzierten Strukturen profitiert. Damit soll die lebensweltliche Verbindung zu generellen Ausgaben und Ausgaben eines Staates hergestellt werden.

„Aylin ist 16 Jahre alt, wohnt in Berlin und besucht das Gymnasium. Sie lebt mit ihren Geschwistern und ihrem Vater in einer schönen Wohnung. Da ihr Vater alleinerziehend ist und die Familie nur ein Einkommen hat, reicht das Geld gerade so aus. Hilfreich ist das Kindergeld. Sie leben in einer Sozialwohnung und erhalten einen Mietzuschuss vom Land Berlin. Heute ist Montag und Aylin muss zur Schule. Durch die funktionierende öffentliche Wasserversorgung kann sie heiß duschen und fährt nach dem Frühstück mit dem Bus des öffentlichen Nahverkehrs und ihrem günstigen Schüler_innenticket auf teilweise holprigen Straßen zur Schule. Der Berliner Bezirk sollte schnellstens die Straßen ausbessern. Für die öffentliche Schule muss Aylin kein Schulgeld bezahlen. Das ist gut so, denn für eine Schüler_in am Gymnasium fallen Kosten von über 5.000 Euro im Jahr an. Auch ihre Sport-AG am Nachmittag ist kostenlos. Die AG nutzt den neuen öffentlichen Basketballplatz neben der Schule. Am Abend ist Aylin mit ihren Großeltern, die schon in Rente sind, im Theater verabredet. Auch dieses wird von einem Kulturfonds der Stadt unterstützt.“

Nach einer kurzen Zurufabfrage, was für öffentliche Förderungen in der Geschichte vorhanden waren, werden die SuS zu dritt in Gruppen eingeteilt. Sie erhalten eine Kopie von elf verschiedenen staatlichen Ausgaben, die sie in eine Reihenfolge in der Höhe der staatlichen Ausgaben des Bundes bringen sollen. Nach fünf Minuten werden im Plenum Begründungen der SuS für ihre Reihenfolge diskutiert und die realen Planungen im Bundeshaushalt 2017 (www.bundeshaushalt-info.de) aufgelöst:

1. Rentenzuschüsse und Grundsicherung im Alter – 98,3 Mrd. Euro
2. ALG II (inkl. Wohnen und Eingliederungsmaßnahmen) – 37,3 Mrd. Euro
3. Verteidigung (gesamte Bundeswehr und militärische Beschaffung) – 23,3 Mrd. Euro
4. Bildung und Forschung (vor allem Hochschulen und BAföG) – 17,6 Mrd. Euro
5. Gesundheit (Zuschüsse gesetzliche Krankenkasse) – 14,5 Mrd. Euro
6. Verkehr (Erhaltung Bundesfernstraßen und Zuschüsse Deutsche Bahn) – 14,4 Mrd. Euro
7. Leistungen Familien (vor allem Eltern- und Kindergeld) – 7,7 Mrd. Euro
8. Kinder- und Jugendpolitik (u.a. Ausbau Kinderbetreuung) – 1,1 Mrd. Euro
9. Integration und Migration (u.a. Integrationskurse) – 900 Mio. Euro
10. Nationale und internationale Klimaschutzprojekte – 500 Mio. Euro
11. (Bundes-) Freiwilligendienste – 400 Mio. Euro

Abschließend werden Grafiken zum Bundeshaushalt gezeigt und Überbegriffe für die Grundfunktionen eines Staates gesucht, z.B. soziale Sicherung, Arbeitsmarktpolitik, Bildung und Forschung, öffentliche Ordnung, Außenpolitik und Verteidigung, Infrastruktur und Verwaltung, Organe politischer Willensbildung, Schuldentilgung, Umverteilung und Schaffung von Chancengleichheit. Mehr Zahlen zum Bundeshaushalt finden sich unter www.bundeshaushalt-info.de/#/2017/soll/ausgaben/funktion/22.html.

Schaubild: Bundeshaushalt 2017 nach Einzelplänen

© Bundesministerium der Finanzen

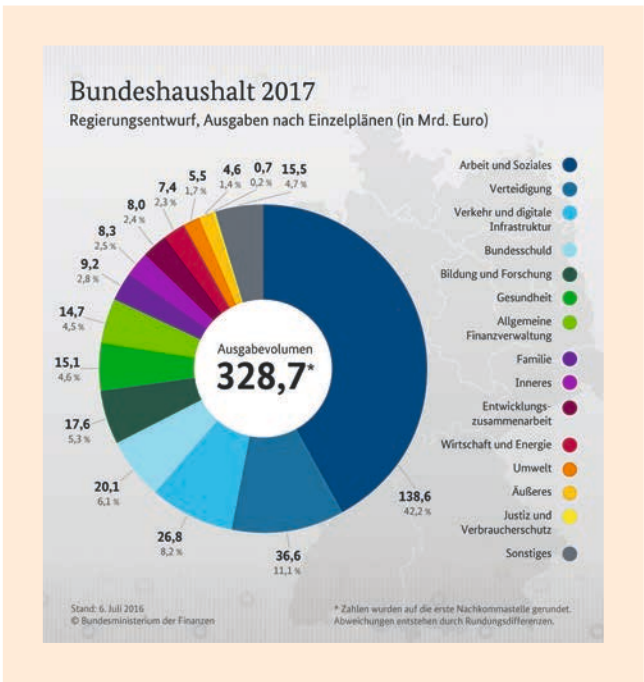


Schaubild: Bundeshaushalt 2017 nach Funktionen

© Bundesministerium der Finanzen

Betrag in Tausend Euro	Posten Ausgaben	Anteil an Summe pos. Posten
170.486.175	Soziale Sicherung, Familie und Jugend, Arbeitsmarktpolitik	51,80%
77.807.154	Allgemeine Dienste	23,64%
23.934.859	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	7,27%
23.117.277	Finanzwirtschaft	7,02%
20.818.001	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6,33%
6.038.929	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1,83%
3.324.027	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdiens...	1,01%
2.323.812	Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	0,71%
1.249.766	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	0,38%

22 – 23

Bringt die folgenden staatlichen Ausgaben in eine Reihenfolge. Beginnt mit den Posten, für die am meisten ausgegeben wird.

	Unterstützung wegen Arbeitslosigkeit (v.a. ALG II)
	Bildung und Forschung (v.a. Hochschulen und BAföG)
	(Bundes-) Freiwilligendienste
	Gesundheit (Zuschüsse gesetzliche Krankenkasse)
	Integration und Migration (u.a. Integrationskurse)
	Kinder- und Jugendpolitik (u.a. Ausbau Kinderbetreuung)
	Leistungen Familien (vor allem Eltern- und Kindergeld)
	Nationale und internationale Klimaschutzprojekte
	Rentenzuschüsse und Grundsicherung im Alter
	Verkehr (Erhaltung Bundesfernstraßen und Zuschüsse Deutsche Bahn)
	Verteidigung (Bundeswehr und militärische Beschaffung)





Modul B – Gesellschaftliche Gerechtigkeit

Methode B1 – Begriffsbedeutungen

Inhaltliche Zielrichtung:

SuS setzen sich mit grundlegenden Begriffen auseinander und erkennen Verknüpfungen zwischen ideellen Zielen eines Staates und allgemeinen ethischen Vorstellungen.

Methode:

AG-Arbeit, Diskussion, Zitate interpretieren

Dauer:

45 Minuten

Material:

Flipchartpapier, Zitate (siehe Kopiervorlage)

Ablauf:

Diese Methode dient als Einstieg in die Themen gesellschaftliche Gerechtigkeit sowie Rechtfertigung von Steuern und staatlichen Ausgaben. Die Klasse wird in vier Gruppen eingeteilt. Je eine Gruppe erhält eine Frage und soll in zehn Minuten Antworten und Assoziationen dazu auf ein Papier schreiben. Anschließend werden die Ergebnisse im Plenum vorgestellt.

Fragen:

Was bedeutet für Euch soziale Gerechtigkeit in einer Gesellschaft?

Was bedeutet für Euch Wohlstand in einer Gesellschaft?

Was bedeutet für Euch Fairness in einer Gesellschaft?

Was bedeutet für Euch gutes Leben in einer Gesellschaft?

In der folgenden Diskussion soll der Bezug zu staatlichem Handeln (Gesetze, staatliche Finanzierungen und Förderungen) hergestellt werden. Welche Rolle spielt ein Staat für die Erreichung dieser Ziele? Als Unterstützung können einzelne Zitate herangezogen werden.

Als Abschluss und Überleitung dient die Feststellung, dass ein Staat auf unterschiedliche Weise in die Gestaltung des Zusammenlebens und die Funktion eines Gemeinwesens eingreift. Indikatoren können „ein Leben in Würde“, Armutsvermeidung, Zugang zu Bildung und Arbeit, Sicherstellung des sozialen Zusammenhalts, Gesundheitsversorgung, Generationengerechtigkeit und weiteres sein.

Viele Aufgaben werden durch Staat, Länder und Gemeinden finanziert. Finanzielle Basis dieser Ausgaben sind zum größten Teil Steuereinnahmen.

26 – 27

„Es soll ein Staat sein, dessen Grundlage der Respekt und die Gerechtigkeit zwischen allen ist, mit Prinzipien der Souveränität, der Würde, der Komplementarität, der Solidarität, der Harmonie und der Fairness bei der Verteilung und Umverteilung des Sozialprodukts, wo das Bestreben nach dem „Vivir Bien“ („Besseren Leben“) vorherrscht; mit Respekt gegenüber der wirtschaftlichen, sozialen, rechtlichen, politischen und kulturellen Pluralität der Bewohner dieser Erde, in gemeinschaftlichem Zusammenleben mit Zugang zu Wasser, Arbeit, Bildung, Gesundheitsversorgung und Wohnraum für alle.“

(Präambel Politische Verfassung des plurinationalen Staates von Bolivien, 2013)

„Ungerechtigkeit an irgendeinem Ort bedroht die Gerechtigkeit an jedem anderen.“

(Martin Luther King, ermordeter US-Bürgerrechtler, 1964 im Text „Warum wir nicht warten können“)

„Wer seinen Wohlstand vermehren möchte, der sollte sich an den Bienen ein Beispiel nehmen. Sie sammeln den Honig, ohne die Blumen zu zerstören. Sie sind sogar nützlich für die Blumen. Sammle deinen Reichtum, ohne seine Quellen zu zerstören, dann wird er beständig zunehmen.“

(Siddhartha Gautama, Begründer des Buddhismus, in „Längere Sammlung 31“, 5./6. Jhd. v. Chr.)

“Everyone has a right to realize their potential, and to live free of poverty in a secure and more equitable world. [...] People have a right to life and security; to a sustainable livelihood; to be heard; to have an identity; and to have access to basic social services. [...] In poverty, people have little power and are denied an effective voice. Poverty means little income, too few assets, lack of access to basic services and opportunities, deep inequalities, ongoing insecurity and little opportunity for development.”

(Oxfam International)

“I think education has a bigger impact on the lives of people than absolutely anything else. [...] If you think about the dramatic impact, it makes human beings more articulate. It transforms people. You can think differently about the world. It makes it possible for you to get jobs. It makes a dramatic difference. It generates a social equity that we need. It could be a great vehicle for gender equity. It allows people to see what your rights are by reading.”

(Amartya Sen, Wirtschaftsnobelpreisträger, 2004 in einem Interview)

„Verwirklichungschancen lassen sich definieren als die umfassenden Fähigkeiten [...] von Menschen, ein Leben führen zu können, für das sie sich mit guten Gründen entscheiden konnten und das die Grundlagen der Selbstachtung nicht in Frage stellt.“

(Amartya Sen, Wirtschaftsnobelpreisträger, 2000 in „Ökonomie für den Menschen. Wege zur Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft“)

„Die Vertragsstaaten erkennen das Recht auf Arbeit an, welches das Recht jedes einzelnen auf die Möglichkeit, seinen Lebensunterhalt durch frei gewählte oder angenommene Arbeit zu verdienen, umfasst, und unternehmen geeignete Schritte zum Schutz dieses Rechts.“

(Artikel 6.1, Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte)

„Die Gesundheit ist ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen. Der Besitz des bestmöglichen Gesundheitszustandes bildet eines der Grundrechte jedes menschlichen Wesens, ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der politischen Anschauung und der wirtschaftlichen oder sozialen Stellung. Die Gesundheit aller Völker ist eine Grundbedingung für den Weltfrieden und die Sicherheit; sie hängt von der engsten Zusammenarbeit der Einzelnen und der Staaten ab. [...] Die Regierungen tragen die Verantwortung für die Gesundheit ihrer Völker; sie können diese nur auf sich nehmen, wenn sie die geeigneten hygienischen und sozialen Vorkehrungen treffen.“

(Verfassung der Weltgesundheitsorganisation)

„Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“

(Karl Marx 1875 in der „Kritik des Gothaer Programms“)

„Ein Grundeinkommen ist ein Einkommen, das eine politische Gemeinschaft bedingungslos jedem ihrer Mitglieder gewährt. Es soll die Existenz sichern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, einen individuellen Rechtsanspruch darstellen, sowie ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen garantiert werden. [...] Das Grundeinkommen wird erstens an Individuen anstelle von Haushalten gezahlt, zweitens steht es jedem Individuum unabhängig von sonstigen Einkommen zu, und drittens wird es gezahlt, ohne dass eine Arbeitsleistung, Arbeitsbereitschaft oder eine Gegenleistung verlangt wird.“

(Netzwerk Grundeinkommen)

„Wenn die Länder durch das Grundgesetz in Zukunft daran gehindert werden, sich für Zukunftsinvestitionen zu verschulden, besteht bei anhaltenden und von vielen Politikern aktiv geförderten Forderungen nach Steuersenkungen die große Gefahr, dass die aktive Zukunftsvorsorge unter die Räder kommt. Es kann dann vielleicht erreicht werden, dass die Schulden nicht weiter ansteigen, aber um den Preis, dass zukünftige Generationen unzureichend ausgebildet sind, über eine abgewirtschaftete Infrastruktur verfügen und in einer schlechten Umwelt leben müssen.“

(Peter Bofinger und Gustav Horn, Volkswirtschaftsprofessoren, 2009 im Aufruf „Die Schuldenbremse gefährdet die gesamtwirtschaftliche Stabilität und die Zukunft unserer Kinder“)

„Es ist die Differenz zwischen den oberen 20 Prozent und den unteren 20 Prozent einer Bevölkerung, die über gesundheitliche und gesellschaftliche Phänomene wie Lebenserwartung, psychologische Erkrankungen, Gewalt und Analphabetismus entscheidet. Eine weit auseinandergehende Schere zwischen arm und reich benachteiligt daher nicht nur einkommensschwache Bevölkerungsschichten, sondern schadet der ganzen Gesellschaft.“

(Kate Pickett und Richard Wilkinson, Gesundheitswissenschaftler, 2010 in „Gleichheit ist Glück“)

Methode B2 – Schokoladenspiel

Gleiche Rechte = Gleiche Chancen?

Inhaltliche Zielrichtung:

SuS erkennen den Unterschied zwischen gleichen Rechten und (scheinbar) gleichen Chancen. Sie erfahren, welche Möglichkeiten ein Staat hat, Gleichberechtigung und gleiche Chancen zu garantieren. Sie können dies auf die Besteuerung von Unternehmen und Bürger_innen beziehen.

Methode:

Würfelspiel in Gruppen mit variablen Regeln (Adaption der Methode „Gleichheit und Gerechtigkeit“ aus dem Betzavta Konzept)

Dauer:

90 Minuten

Material:

Nummerierte Felder von 1-25 auf dem Boden, mehrere Tüten Schokoladen-Bonbons, eine große Tafel Schokolade, ein großer Würfel, Lose mit Startnummern

Ablauf:

Auf dem Boden des Raumes wird ein Spielplan mit den Zahlen 1 bis 25 ausgelegt. Auf jedem Feld liegen zwei Schokobonbons. Auf dem letzten Feld liegt eine große Tafel Schokolade und auf zwei weiteren Feldern liegen Tüten mit zehn Schokobonbons. Die Felder 10 und 19 sind mit einem Stern markiert.

Die Klasse wird in Gruppen zu maximal sechs Personen eingeteilt. Die Gruppen geben sich einen Namen und bestimmen eine Person, die als „Spielfigur“ agieren soll. Diese Personen werden von der Spielleitung gebeten, ein Los zu ziehen, auf dem ihre Startposition auf dem Spielplan steht. Es gibt z.B. bei vier Gruppen die Startnummern 1, 2, 4 und 8. Alle Startpositionen sollten kleiner als 10 sein.

Ziel des Spiels ist es, die Schokoladentafel auf dem letzten Feld zu gewinnen. Die Spielfigur, die die höchste Zahl gezogen hat, beginnt mit dem Würfeln und darf die Anzahl der gewürfelten Augen auf dem Spielfeld vorwärts gehen. Befinden sich auf dem Feld einzelne Schokobonbons oder eine Tüte, so darf sie sich diese nehmen. Wer zuerst auf oder über ein Feld mit einem Stern kommt, darf zusammen mit der eigenen Gruppe eine Regel aufstellen, die für die gesamte Gruppe verbindlich ist. Die Spielleitung achtet auf die Einhaltung dieser Regeln und lässt sich während des Spiels auf keine Diskussionen über die Legitimation dieser Regeln ein.

Die Gruppen würfeln nacheinander in der Reihenfolge ihrer Startpositionen und rücken entsprechend der Augenzahl vor. Waren alle Gruppen einmal mit dem Würfeln dran, verlangt die Spielleitung von jeder Gruppe ein Schokobon-

bon als Steuer. Hat eine Gruppe keine Bonbons, so wird sie verwahrt und muss kein Bonbon abgeben.

Wenn eine Gruppe die Tafel Schokolade erreicht, endet das Spiel.

Es gibt verschiedene Spielverläufe, zum Beispiel:

1. Es wird solange gespielt, bis eine Gruppe das letzte Feld erreicht. Oft wird dann die Tafel Schokolade unter allen SuS verteilt. Dieser Impuls des fairen Verteilens kann in der Auswertung thematisiert werden, besonders, wenn sich die siegreiche Gruppe als besonders fair empfindet, obwohl sie mitunter im Spiel einen klaren Vorteil hatte (hohe Startposition oder sie bevorteiligende Regeln).
2. Eine Gruppe stellt die Regel auf, dass die Tafel Schokolade ihnen gehört, obwohl sie das letzte Feld noch nicht erreicht hat. Oder eine Person nimmt die Schokolade während des Spiels einfach weg. Dann ist das Spiel auch vorbei.
3. Die Gruppe weigert sich, das Spiel nach den vorgegebenen Regeln zu spielen. Nach einer kurzen Auswertung kann das Spiel mit neuen Regeln noch einmal neu begonnen werden.

Die Auswertung gliedert sich in vier Stufen:

1. Zu Beginn wird die emotionale Befindlichkeit thematisiert. Wer fühlt sich als Gewinner_in und wer als Verlierer_in? Weshalb?
2. Darauf aufbauend soll der Entscheidungsprozess in den Gruppen und der gesamte Ablauf reflektiert werden. Erfolgt die Entscheidungen demokratisch? Welche Interessen standen im Vordergrund? Inwieweit wurden die anderen Gruppen beachtet?
3. Im Anschluss soll der Charakter der vorgegebenen Regeln (Schokoladenverteilung, Startpositionen usw.) und die selbst aufgestellten Regeln analysiert werden. Waren diese fair? Wer profitierte davon? Was hatten diese Aspekte mit dem Ausgang des Spiels zu tun?
4. Am Ende steht die Frage nach der Besteuerung im Zentrum. War es gerecht, dass alle Gruppen ein Bonbon zahlen mussten?

Wichtig ist die Erkenntnis, dass zwischen formaler Gleichheit vor dem Gesetz (alle Regeln gelten für alle, die Steuern sind gleich hoch usw.) und tatsächlicher, materieller Gleichheit ein Unterschied bestehen kann.

Die Erfahrungen aus dem Spiel werden nun auf die Realität bezogen. Haben alle Menschen in unserer Gesellschaft die gleichen Startpositionen? Wie versucht ein Staat, Ungleichheiten entgegen zu wirken? Wo gelingt dies und wo nicht? Wie kann ein gerechtes Steuersystem aussehen?

	10 *	11	12	13	14	15	16	
	09						17	
Start	08						18	
	07						19 *	
	06						20	
	05	Beispiel Spielplan					21	
Start	04						22	
	03						23	
Start	02						24	
Start	01						25	Tafel



Methode B3 – Positionen beziehen und diskutieren

Inhaltliche Zielrichtung:

SuS erkennen verschiedene Perspektiven auf das Thema Steuerzahlung und gesellschaftliche (Un-)Gleichheit. Sie können eigene Standpunkte vertreten.

Methode:

Positionierung, Diskussion

Dauer:

25 Minuten

Material:

Vorbereitete Aussagen zum Vorlesen, Karten „gerecht“ und „ungerecht“

Ablauf:

Alle SuS werden gebeten, aufzustehen und sich je nach individueller Einschätzung auf einem Strahl mit den Polen „gerecht“ und „ungerecht“ zu positionieren. Eine Aussage

wird vorgelesen. Alle positionieren sich und einzelne SuS werden gebeten, ihre Positionierung zu begründen. Für alle SuS ist es möglich, sich nach Antworten oder Diskussionen umzustellen. Wichtig ist, zu betonen, dass es kein richtig oder falsch gibt. Je nach Perspektive oder Begründung kann jede Einschätzung nachvollziehbar sein. Nachdem verschiedene Facetten von Begründungen gehört wurden, kann zur nächsten Aussage übergegangen werden.

Den Abschluss bildet eine Diskussion darüber, inwieweit Gesetze gesellschaftliche Ungleichheiten abbildern können und die Feststellung, dass eine ethisch-moralische Grundhaltung auch unabhängig von der Gesetzeslage für eine Bewertung erforderlich ist. Gesetze regulieren nicht jedes Verhalten bzw. können teilweise nur begrenzt gesellschaftliche Ungleichheiten abbildern. Eine ethische Bewertung kann außerhalb der Gesetzeslage erfolgen.

Alle Menschen müssen Steuern zahlen.

.....

Wer mehr verdient, kann auch einen höheren Steuersatz bezahlen.

.....

Ab einer bestimmten Einkommenshöhe sollte der Steuersatz auf 100 Prozent steigen.

.....

Man sollte nicht nur Einkommen besteuern, sondern auch hohe Vermögen und Erbschaften.

.....

Die reichsten acht Menschen der Welt besitzen laut Oxfam so viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung.

.....

In der EU und den USA ansässige Banken verwalten Vermögen korrupter Politiker_innen aus dem Globalen Süden.

.....

Auch wenn ein deutsches Unternehmen im Ausland aktiv ist, sollte es nur in Deutschland Steuern zahlen.

.....

Luxemburg und die Niederlande bieten multinationalen Firmen legale Steuersparmodelle an, die die Steuereinnahmen anderer EU-Länder stark verringern.

.....

In den internationalen G20-Verhandlungen zur Reform des internationalen Systems der Unternehmensbesteuerung sind ärmere Länder unterrepräsentiert.

.....

Die Länder des Globalen Nordens setzen sich nicht für eine faire Verteilung der Unternehmenssteuereinnahmen zwischen Norden und Süden ein.

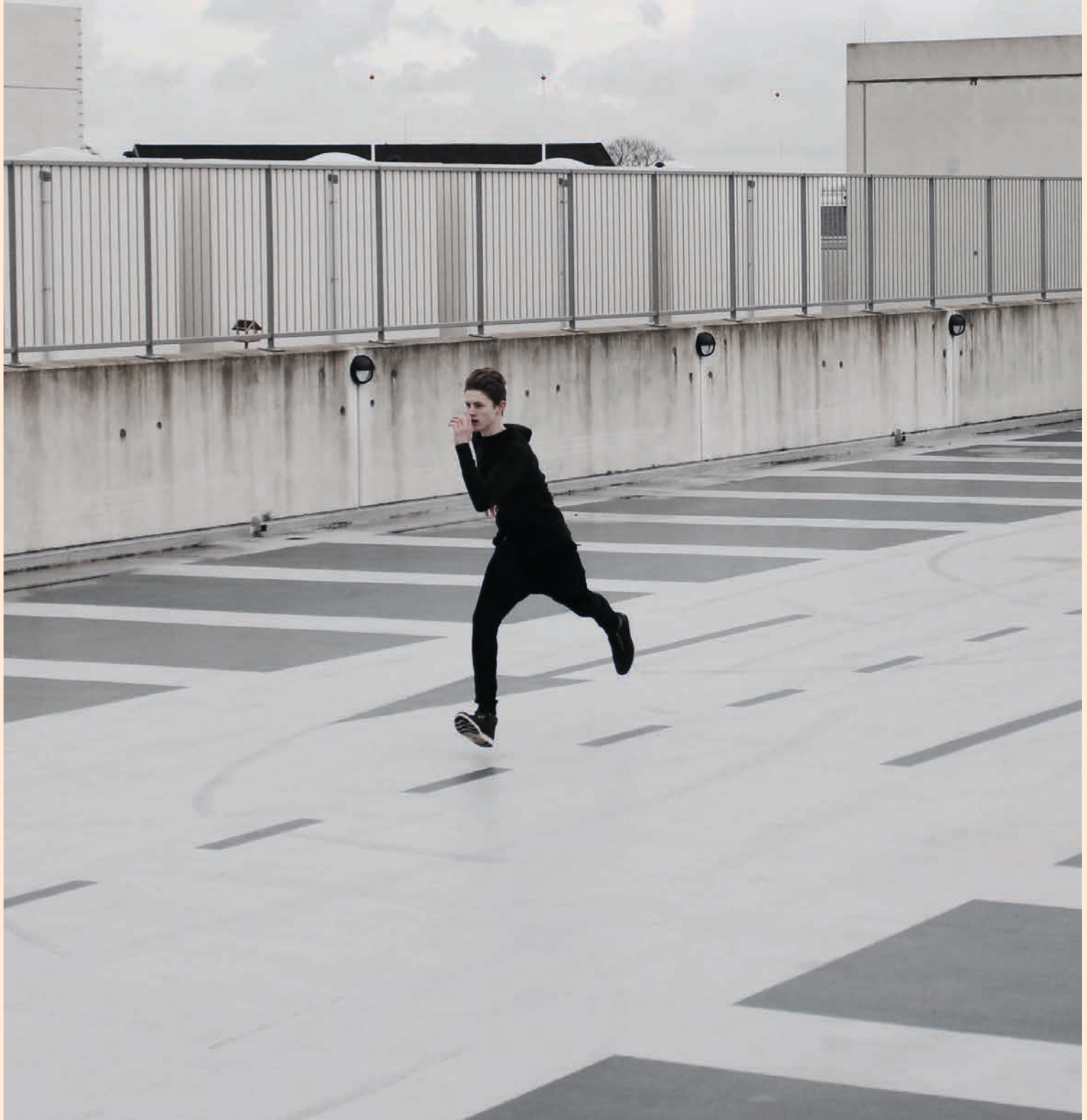
.....

Die einkommensstärksten zehn Prozent der deutschen Haushalte tragen 33 Prozent des gesamten Steuer- und Sozialbeitragsaufkommens.

.....

Die einkommensstärksten zehn Prozent der deutschen Haushalte beziehen 32 Prozent der Gesamtbruttoeinkommen.

Modul C – Steuerflucht



Methode C1 – Zitate Steuerzahlungen

Inhaltliche Zielrichtung:

SuS setzen sich mit der Pflicht zur Steuerzahlung auseinander und können einen eigenen Standpunkt zu einzelnen Aspekten des Themas formulieren.

Methode:

AG-Arbeit mit einem Zitat

Dauer:

30 Minuten

Material:

Kopierte Arbeitsaufträge und je ein Zitat pro Gruppe (siehe Kopiervorlagen)

Ablauf:

Die Klasse wird in Gruppen mit etwa drei SuS eingeteilt. Jede Gruppe bekommt einen kopierten Arbeitsauftrag und ein Zitat, welches die Leitung vorher aus einer Sammlung ausgewählt hat. Nun haben die AGs zehn Minuten Zeit, das Zitat anhand eines Arbeitsauftrags zu analysieren.

Im Anschluss stellen alle Gruppen ihre Analyse in Kurzform im Plenum vor.

Den Abschluss bildet eine Diskussion zur Frage, was Motivationen von Menschen sind, keine Steuern zahlen zu wollen. Sehr interessant ist auch die Frage, ob jede einzelne Person bestimmen sollte, was mit ihren Steuern geschieht und ob mit diesem Anspruch ein Staat seinen Aufgaben für alle Bevölkerungsgruppen gerecht werden könnte.

34 – 35

Arbeitsauftrag:

Lest das Zitat mehrmals und interpretiert es unter folgenden Gesichtspunkten:

- Was wird ausgesagt? Gibt es zentrale Begriffe? Ist über die inhaltliche Aussage hinaus eine Selbstoffenbarung oder ein Appell erkennbar?
- Was fällt an der sprachlichen Ausgestaltung auf? Kannst Du etwas zur Autorin oder zum Autor sagen? Falls ja, wie passt das Zitat zum Leben dieser Person?
- Wie lassen sich die wesentlichen Aussagen deuten? Lässt sich die Aussage in einen höheren Zusammenhang integrieren oder abstrahieren? Liegt dem Zitat eine Grundhaltung oder Weltanschauung zugrunde?
- Wie steht Ihr zu dem Zitat? Könnt Ihr vollständig oder teilweise zustimmen? Oder lehnt Ihr die Aussage ab?



„Taxes, after all, are dues that we pay for the privileges of membership in an organized society.“

Franklin D. Roosevelt, US-Präsident (1882–1945)

„In den (Steuer-)Oasen saufen die großen Kamele den kleinen das Wasser weg.“

Renate Künast, Politikerin der Grünen (*1955)

„People invest to make money, and potential taxes have never scared them off.“

Warren Buffet, Investor (*1930)

„Die Regierung würde mein Steuergeld ja sowieso nur verplempern.“

Donald Trump, Unternehmer und US-Präsident (*1946)

„Wer die Pflicht hat, Steuern zu zahlen, der hat auch das Recht, Steuern zu sparen.“

Helmut Schmidt, deutscher Bundeskanzler (1918–2015)

„Nur zwei Dinge auf der Erde sind uns ganz sicher: der Tod und die Steuer.“

Benjamin Franklin, US-Präsident (1706–1790)

„No taxation without representation!“

Parole der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung (Boston Tea Party, 1773)

„Ich habe zu viel Geld, ich will mehr Steuern zahlen.“

Bill Gates, Unternehmer (*1951)

„Im Allgemeinen besteht die Kunst des Regierens darin, einem Teil der Bevölkerung so viel Geld wie möglich wegzunehmen, um es dem anderen Teil nachzuwerfen.“

Voltaire, Philosoph (1694–1778)

„Um eine Steuererklärung abgeben zu können, muss man Philosoph sein; es ist zu schwierig für einen Mathematiker.“

Albert Einstein, Physiker (1879–1955)

„Wenn tausend Menschen dieses Jahr ihre Steuer nicht bezahlten, so wäre das keine gewaltsame und blutige Maßnahme – was es aber wäre, wenn sie bezahlten und damit den Staat in die Lage versetzten, Gewalt anzuwenden und unschuldiges Blut zu vergießen.“

Henry David Thoreau, Schriftsteller (1817–1862)

„It is not very unreasonable that the rich should contribute to the public expense, not only in proportion to their revenue, but something more than in that proportion.“

Adam Smith, Philosoph und Ökonom (1723–1790)

„Die Unkenntnis der Steuergesetze befreit nicht von der Pflicht zum Steuerzahlen. Die Kenntnis aber häufig.“

Meyer A. Rothschild, Bankier (1744–1812)

Man soll seine Steuern dem Staat zahlen, wie man seiner Geliebten einen Blumenstrauß schenkt.

Novalis, Dichter (1772–1801)

Methode C2 – Wie vermeiden Unternehmen Steuern?

Inhaltliche Zielrichtung:

SuS erkennen, wie multinationale Konzerne durch Lizenzabgaben und interne Verrechnungspreise Steuern in Produktionsländern vermeiden können. Sie können Auswirkungen dieses legalen Verhaltens aufzeigen und ethisch bewerten.

Methode:

AG-Arbeit „Reihenfolge finden“

Dauer:

25 Minuten

Material:

Für jede Gruppe kopierte und ausgeschnittene Aktivitäten (siehe Kopiervorlage)

Ablauf:

Die Klasse wird in AGs mit maximal vier Personen aufgeteilt. Jede Gruppe bekommt kleine Zettel mit Aktivitäten, welche sie in eine logische Reihenfolge bringen soll. Die erste und letzte Karte sind bereits vorgegeben. Die logische Reihenfolge ergibt sich dadurch, dass ein multinationaler Konzern bestimmte Aktivitäten entfalten muss, um am Ende Steuern im Produktionsland zu sparen. Nach etwa fünf Minuten sollten alle Gruppen fertig sein und die Reihenfolge wird gemeinsam im Plenum überprüft. Daran schließt sich eine Diskussion über reale Beispiele von manipulierten Verrechnungspreisen in der Wirtschaft und deren Folgen sowie Möglichkeiten einer nationalen und internationalen Regulierung an. Das Beispiel basiert auf dem Fall der Großbrauerei SAB Miller, die inzwischen zur weltgrößten Brauerei InBev gehört (mehr zu dem Fall findet sich in dem Bericht von

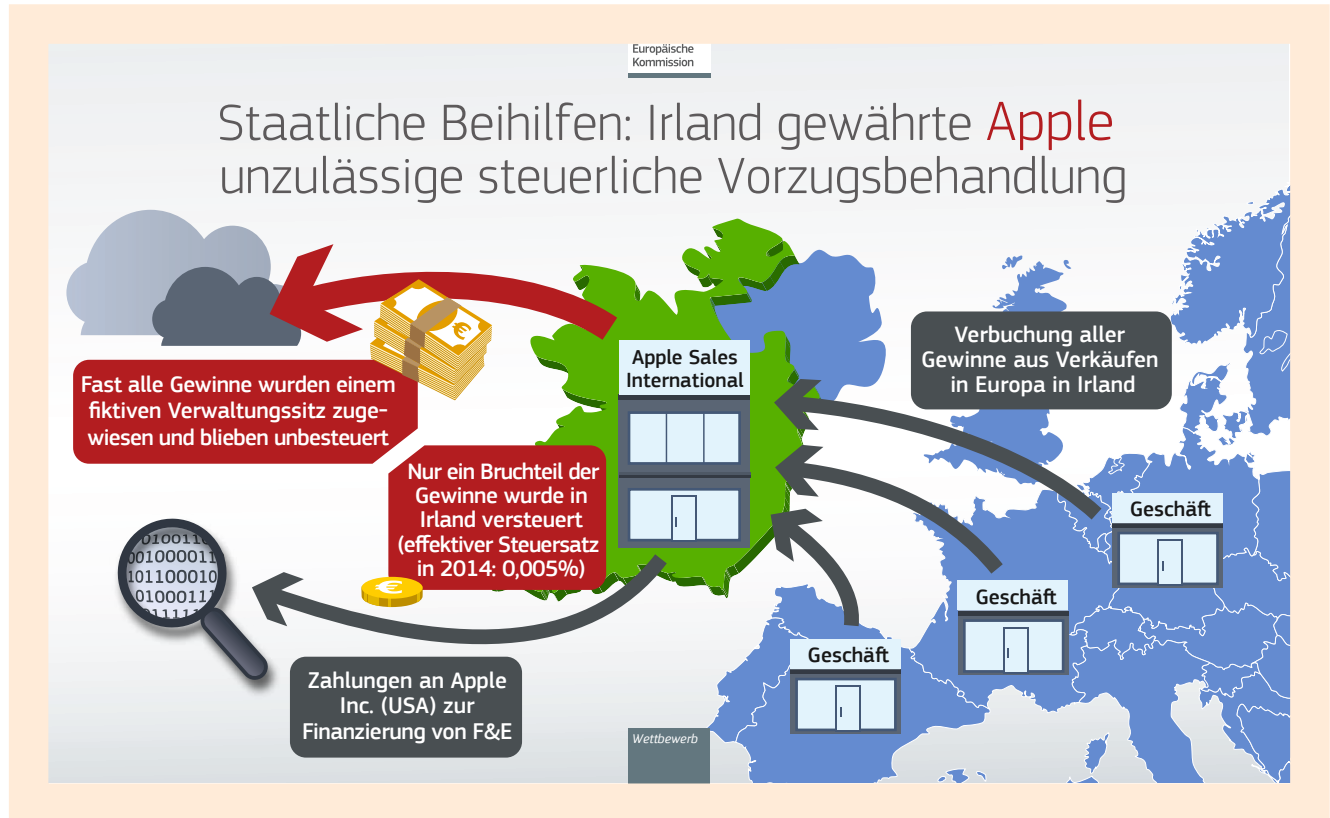
Action Aid von 2012 „Calling Time. Why SABMiller Should Stop Dodging Taxes in Africa“, https://www.actionaid.org.uk/sites/default/files/doc_lib/calling_time_on_tax_avoidance.pdf). In der Realität sind die Unternehmensstrukturen oft komplexer. Auch muss immer im Einzelfall geprüft werden, ob ein Unternehmen tatsächlich keine oder sehr wenig Steuern bezahlt.

Hintergrundinformation: Beispiele für Unternehmenssteuervermeidung

- Die DAX-Unternehmen besitzen insgesamt 2.485 Beteiligungen in Steueroasen. (Quelle: Manager Magazin, 22.05.2013: Dax-Riesen besitzen 2.500 Firmenbeteiligungen in Steueroasen)
- In den Geschäftsjahren 2010 bis 2014 hat BASF schätzungsweise 923 Mio. Euro durch Steuermodelle gespart. (Quelle: Marc Auerbach, 2016: Toxic Tax Deals – When BASF's Tax Structure Is More About Style Than Substance. Hrsg.: EFA/Grüne im EP)
- Obwohl Walmart in Luxemburg keinen einzigen Supermarkt hat, befinden sich dort 22 Tochterfirmen des Konzerns. (Quelle: Frank Clemente / Marc Auerbach, 2015: The Walmart Web – How The World's Biggest Corporation Secretly Uses Tax Havens to Dodge Taxes. Hrsg.: Americans for Tax Fairness)
- Von den Fortune 500, den 500 umsatzstärksten Unternehmen der Welt, haben mehr als die Hälfte eine Tochterfirma in den Niederlanden. Ungefähr 58 Prozent der Firmen mit einer Tochter in Steueroasen haben wenigstens eine davon auf den Bermudas oder den Kaimainseln. (Quelle: Richard Philips u.a., 2016: Offshore Shell Games – The Use of Offshore Tax Havens by Fortune 500 Companies. Hrsg.: Citizens for Tax Justice)

**Hintergrundinformation: Irland bevorzugte
Apple in illegaler Weise bei Steuererhebung**

© Europäische Kommission, Pressemitteilung 2016





Anfang

Eine der größten Brauereien der Welt hat eine Tochterfirma in Ghana, die die lokale Großbrauerei betreibt. Dort werden im Jahr durchschnittlich über 34 Mio. Euro erwirtschaftet. Auf Gewinne zahlen Unternehmen in Ghana eine Steuer von 25 Prozent.

Die Brauerei gründet als Tochterunternehmen eine Holding in den Niederlanden. Diese Holding erhält eine Adresse und einen Briefkasten und wird im öffentlichen niederländischen Unternehmensregister eingetragen.

Die Tochterfirma in Ghana hat eigene Verfahren in der Produktion und ein eigenes Design der Produkte entwickelt. Dieses Wissen wird als „geistiges Eigentum“ patentrechtlich geschützt. Die Rechte werden kostenlos an das Tochterunternehmen in den Niederlanden übertragen.

Die Tochterfirma in Ghana muss jedes Jahr Lizenzgebühren an das Unternehmen in den Niederlanden zahlen, da es geschützte Verfahren in der Produktion einsetzt und ein Design nutzt, bei dem die Rechte bei der niederländischen Holding liegen.

Die Holding in den Niederlanden erhält Lizenzabgaben aus Ghana, die es dort mit einem Steuersatz für „geistiges Eigentum“ mit nur fünf Prozent versteuern muss. Zugleich kann die Tochterfirma die Gebühren von ihrem Gewinn abziehen und muss so weniger Steuern in Ghana bezahlen.

Ende

Die Tochterfirma in Ghana weist keinen Gewinn aus, denn die Betriebskosten waren zu hoch. Damit zahlt sie auch keinen Euro Steuern in Ghana für dieses Geschäftsjahr.

Anfang

Eine der größten Brauereien der Welt hat eine Tochterfirma in Ghana, die die lokale Großbrauerei betreibt. Dort werden im Jahr durchschnittlich über 34 Mio. Euro erwirtschaftet. Auf Gewinne zahlen Unternehmen in Ghana eine Steuer von 25 Prozent.

Die Brauerei gründet eine Tochterfirma auf Mauritius. Diese erhält eine Adresse und einen Briefkasten und wird im öffentlichen Unternehmensregister von Mauritius eingetragen.

Um Bier brauen zu können, braucht die ghanaische Tochterfirma die richtigen Zutaten. Anstatt die Zutaten selber zu kaufen, bezieht sie sie von der Firma in Mauritius.

Die Firma in Mauritius verlangt viel zu hohe Preise für ihre Güter. Somit erzielt sie einen hohen Gewinn, der mit nur drei Prozent versteuert wird. Zugleich muss die Firma in Ghana viel Geld bezahlen, um alle Zutaten kaufen zu können. So macht sie weniger Gewinn.

Ende

Die Tochterfirma in Ghana weist keinen Gewinn aus, denn die Betriebskosten waren zu hoch. Damit zahlt sie auch keinen Euro Steuern in Ghana für dieses Geschäftsjahr.

Methode C3 – Quiz Kapitalflucht

Inhaltliche Zielrichtung:

SuS erhalten einen Einblick in die Bedeutung und Relevanz von verminderten Steuerzahlungen bekannter Unternehmen und Einzelpersonen.

Methode:

Quiz in Arbeitsgruppen

Dauer:

30 Minuten

Material:

Spielfeld mit Spaltenüberschriften (siehe Bild), Fragekarten mit Punktezah auf Rückseite (siehe Kopiervorlage)

Ablauf:

Die SuS werden in drei Gruppen eingeteilt und können sich einen Namen ausdenken. Die Quiz-Tabelle an der Tafel wird vorgestellt und der weitere Ablauf erläutert. Die Gruppen sind abwechselnd an der Reihe und suchen sich einen Themenbereich und einen Schwierigkeitsbereich (Punktezah) aus. Nun müssen sie als Gruppe die Frage beantworten. Die meisten Fragen sind Schätzfragen und eine Antwort gilt auch dann als richtig, wenn sie zehn Prozent vom konkreten Ergebnis abweicht. Kann eine Gruppe die Frage richtig beantworten, erhält sie den Zettel mit der Frage und der Punktzahl. Liegt sie falsch, können die anderen Gruppen einen Tipp abgeben und die Gruppe, die am nächsten am Ergebnis ist, erhält die Punkte.

Wenn alle Fragen beantwortet wurden, ist das Spiel zu Ende und die Gesamtpunkte der Gruppen können ausgerechnet werden. Nach einer kleinen „Ehrung“ der Punktbesten werden die Inhalte des Spiels ausgewertet. Was war den SuS schon bekannt? Was hat sie überrascht? Was denken sie über „Steuroptimierung“ von Unternehmen und Steuerhinterziehung von Privatpersonen? Welche Folgen haben diese?

Steuerzahlungen	Unternehmensstrukturen	Steuer-oasen	Politische Skandale
10	10	10	10
20	20	20	20
30	30	30	30
40	40	40	40

Fragen, Antworten und Quellen:

Themenbereich Steuerzahlungen:

1. Wie viel Steuern zahlte Apple 2014 auf seine Gewinne in Irland? – 0,005 Prozent (EU-Kommission)
2. Wie viel Steuern hat Vodafone in Indien durch einen Verkauf über eine Steueroase gespart? – Ca. 2 Mrd. US-Dollar
3. Wie hoch ist in Deutschland der Freibetrag bei der Erbschaftsteuer für Kinder, wenn sie von ihren Eltern erben? – 400.000 Euro
4. Der Anteil der Steuern am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Industriestaaten ist im Schnitt 35 Prozent. Wie hoch ist der Anteil in den ärmsten Staaten Afrikas? – 17 Prozent (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)

Themenbereich Unternehmensstrukturen:

1. Wie viele Tochterfirmen hatte die Deutsche Bank vor einigen Jahren in Steueroasen? – 800 36
2. Wie viele Tochterfirmen hat Walmart in Luxemburg, obwohl der Konzern dort kein einziges Geschäft betreibt? – 22
3. Wie viele Firmen sind in einem einstöckigen Haus in 1209 North Orange Street, Delaware (USA) registriert? – Über 285.000
4. Welcher Anteil des Welthandels findet innerhalb von Unternehmen statt? – Ungefähr die Hälfte (OECD)

Themenbereich Steueroasen:

1. Wie viel Geld kostet die Gründung einer Briefkastenfirma auf den Seychellen? – 750 Euro
2. Auf wie viele Einwohner der Kaimaninseln kommt je eine Bank? – 226
3. Wie viel Schwarzgeld liegt in Steueroasen? – 7-32 Bio. US-Dollar (Gabriel Zucman / James Henry)
4. Von wie vielen Firmen in Panama war die 93-jährige Aida May Biggs Direktorin? – 17.539 (Europarat)

Themenbereich Politische Skandale:

1. Wie viel Steuern musste Uli Hoeneß an den deutschen Staat nachzahlen? – ca. 43 Mio. Euro
2. Wie viele Staats- und Regierungschefs waren in den Skandal um die Panama Papers verwickelt? – 40 (ICIJ)
3. Wie viel Geld hat die Schweiz Nigeria zurückerstattet, das vom früheren nigerianischen Präsidenten Sani Abacha in der Schweiz versteckt wurde? – 700 Mio. US-Dollar (Schweizer Behörde)
4. Wie viel Geld aus dem Drogenhandel sollen die Banken nach der Finanzkrise gewaschen haben? – 352 Mrd. US-Dollar (Leiter des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung UNODC)

Steuerzahlungen	Unternehmensstrukturen	Steuroasen	Politische Skandale
Wie viel Steuern zahlte Apple 2014 auf seine Gewinne in Irland?	Wie viele Tochterfirmen hatte die Deutsche Bank vor einigen Jahren in Steueroasen?	Wie viel Geld kostet die Gründung einer Briefkastenfirma auf den Seychellen?	Wie viel Steuern musste Uli Hoeneß an den deutschen Staat nachzahlen?
Wie viel Steuern hat Vodafone in Indien durch einen Verkauf über eine Steueroase gespart?	Wie viele Tochterfirmen hat Walmart in Luxemburg, obwohl der Konzern dort kein einziges Geschäft betreibt?	Auf wie viele Einwohner der Kaimaninseln kommt je eine Bank?	Wie viele Staats- und Regierungschefs waren in den Skandal um die Panama Papers verwickelt?
Wie hoch ist in Deutschland der Freibetrag bei der Erbschaftsteuer für Kinder, wenn sie von ihren Eltern erben?	Wie viele Firmen sind in einem einstöckigen Haus in 1209 North Orange Street, Delaware (USA) registriert?	Wie viel Schwarzgeld liegt in Steueroasen?	Wie viel Geld hat die Schweiz Nigeria zurückerstattet, das vom früheren nigerianischen Präsidenten Sani Abacha in der Schweiz versteckt wurde?
Der Anteil der Steuern am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Industriestaaten ist im Schnitt 35 Prozent. Wie hoch ist der Anteil in den ärmsten Staaten Afrikas?	Welcher Anteil des Welt Handels findet innerhalb von Unternehmen statt?	Von wie vielen Firmen in Panama war die 93-jährige Aida May Biggs Direktorin?	Wie viel Geld aus dem Drogenhandel sollen die Banken nach der Finanzkrise gewaschen haben?

Punktzahlen auf die Rückseite schreiben

Methode C4 – Kurzfilme Steuerflucht

Inhaltliche Zielrichtung:

SuS erhalten einen Einblick, mit welchen – in der Regel noch – legalen Methoden Unternehmen Steuern vermeiden. Sie erkennen die Folgen dieser Methoden und können einen ethischen Standpunkt dazu beziehen.

Methode:

Film, Diskussion

Dauer:

je nach Film 15 oder 30 Minuten

Material:

Film als Stream von Youtube (Internet, Beamer, Ton)

Ablauf:

SuS sehen einen der beiden vorgeschlagenen Filme zum Thema Steuerflucht. In der Auswertung des Films soll vor allem auf die Folgen derartiger Steuertricks für eine Gesellschaft fokussiert werden. Wichtig ist es, zu analysieren, wer von der Steueroptimierung profitiert und wer für die fehlenden Staatseinnahmen aufkommen muss.

Film 1:

Ausschnitt (18 Minuten) aus der Satiresendung „Die Anstalt“ Thema Steuervermeidung vom 28.10.2014 im ZDF

(<https://www.youtube.com/watch?v=-h0JDX2uN0A>)

- Was ist eine Briefkastenfirma und wie kann Gewinn unversteuert verschoben werden?
- Wie profitiert Apple von Technik, die mit öffentlichen Geldern erforscht wurde?
- Steuervermeidung durch Lizenzabgaben an Tochterunternehmen am Beispiel Starbucks, Apple und Amazon
- Handlungsmöglichkeiten und -grenzen, Starbucks-Challenge

Film 2:

explainity® Erklärvideo (vier Minuten): „Steuerflucht einfach erklärt“ von 2015

(<https://www.youtube.com/watch?v=YdwTl7RFdjU>)

- Unterscheidung legale und illegale Steuerflucht
- Wie ist legale Steuerflucht möglich (am Beispiel eines Unternehmens, welches Glühpunsch produziert)?
- Probleme durch Steuerflucht
- Ansätze zur Reformierung des internationalen Steuerrechts

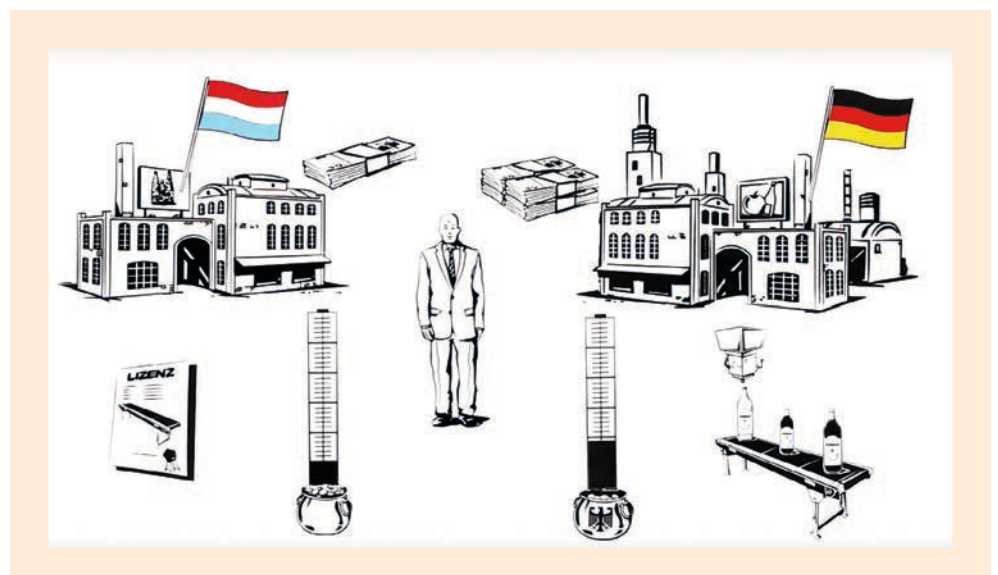
Steuervermeidung

(<https://www.youtube.com/watch?v=-h0JDX2uN0A>)



Steuerflucht einfach erklärt

(<https://www.youtube.com/watch?v=YdwT17RFdjU>)



Methode C5 – Internationale Steuergerechtigkeit

Inhaltliche Zielrichtung:

SuS kennen Ansätze und Prozesse, die zu einer gerechten internationalen Steuerpolitik führen sollen. Ihnen sind sowohl Schwierigkeiten als auch Potentiale in aktuell laufenden Prozessen bekannt.

Methode:

Positionierung, Diskussion

Dauer:

20 Minuten

Material:

Karten mit Ansätzen und Forderungen (siehe Kopiervorlage), Strahl an der Tafel mit den Polen „realistisch umsetzbar“ und „nur schwer umsetzbar“

Ablauf:

Zwei bis drei SuS bilden eine Kleingruppe und erhalten eine Karte mit einer Forderung. Sie sollen in ihrer Gruppe überlegen, ob sie diese Forderung für realistisch halten. Ist sie umsetzbar? Wie lange könnte es dauern? Von welchen weiteren Faktoren ist die Forderung abhängig?

Nach etwa fünf Minuten heften die Kleingruppen nacheinander ihre Karten auf einen Einschätzungsstrahl mit den Polen „realistisch“ und „unrealistisch“ an. Abstufungen zwischen den Polen sind möglich. Sie erklären kurz ihre Einschätzung. Nachfragen sind erlaubt. Nachdem alle Kleingruppen ihre Einschätzungen präsentiert haben, wird im Plenum diskutiert, welche Maßnahmen in nächster Zeit zu erwarten sind und wer dafür verantwortlich ist (z.B. Politik, Konsumenten_innen, Zivilgesellschaft etc.).



Mehr Personal in Steuerbehörden einstellen, insbesondere in ärmeren Ländern	Deutschland zur Steueroase für Unternehmen machen, um im Steuerwettbewerb zu bestehen
Mehr Transparenz von multinationalen Unternehmen schaffen durch länderbezogene Berichte über ihre Gewinne, Umsätze, Steuerzahlungen, Angestellte und Anlagen	Steueroasen durch Druck der internationalen Gemeinschaft schließen, zum Beispiel mithilfe schwarzer Listen oder Sanktionen
Einen internationalen Mindeststeuersatz auf alle Unternehmensgewinne einführen, um Steuerwettbewerb zu stoppen	Ärmeren Ländern mehr Besteuerungsrechte für multinationale Unternehmen geben
Automatisch Informationen zwischen den Steuerbehörden über Gelder austauschen, die grenzüberschreitend angelegt sind	Unternehmen besteuern, indem ihr weltweiter Gewinn ermittelt und dann auf die Staaten aufgeteilt wird, in denen sie aktiv sind
Ein öffentliches Register aller Eigentümer_innen von Firmen einführen	Bewusstsein für die Rolle von Steuern in der Gesellschaft wecken
Alle Unternehmenssteuern abschaffen	Unternehmen dort besteuern, wo sie wirtschaftlich aktiv sind
Steuerabsprachen von Behörden mit einzelnen Unternehmen öffentlich machen	Grenzüberschreitende Rückführung illegitimer Vermögen erleichtern
Eine Weltsteuerbehörde schaffen	Briefkastenfirmen verbieten

Modul D – Folgen für Länder des Globalen Südens



Methode D1 – Interview Global Alliance for Tax Justice

Inhaltliche Zielrichtung:

SuS erkennen die besondere Bedeutung von (fehlenden) Steuereinnahmen für Länder des Globalen Südens.

Methode:

Textarbeit

Dauer:

25 Minuten

Material:

Kopierte Texte für alle SuS (siehe Kopiervorlage)

Ablauf:

Alle SuS erhalten eine Kopie des Textes und den Auftrag, selbstständig den Text zu lesen. Nach der Lesezeit werden zuerst Verständnisfragen geklärt.

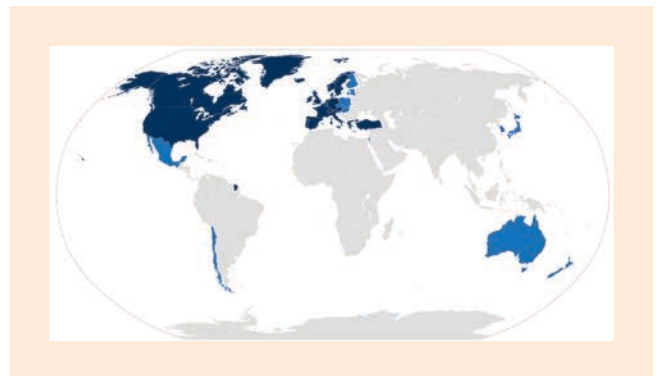
Die inhaltliche Auswertung kann sich an folgenden Leitfragen orientieren:

- Welche Bedeutung haben Steuern von internationalen Konzernen für Länder des Globalen Südens? Wie unterscheidet sich dies z.B. von Ländern wie Deutschland?

- Welche Kritik wird an der OECD – der Vereinigung von 35 sogenannten Industrieländern – geübt?
- Wo befinden sich laut dem Text Steueroasen?
- Welche Aktivitäten werden gefordert? Was betrifft davon Länder des Globalen Nordens (z.B. OECD-Staaten) und was betrifft z.B. Länder in Afrika?

Karte: Mitgliedstaaten der OECD

© wikimedia



46 – 47

Interview mit Dereje Alemayehu –
Global Alliance for Tax Justice

aus: Veranstaltungsdokumentation „Keine Steuern, Keine Entwicklung – Wege zur gerechten Besteuerung multinationaler Unternehmen“ (18.2.2016)

Herr Alemayehu, Sie sind nicht nur Vorsitzender der Global Alliance for Tax Justice, sondern lenken durch Ihr Engagement beim Tax Justice Network Africa Ihren Fokus besonders auch auf diesen Kontinent. Wie stark beeinflusst die Steuergestaltung multinationaler Unternehmen die Ökonomie in afrikanischen Ländern? Können Sie uns dafür Beispiele nennen?

Erstens sind die afrikanischen Länder stärker abhängig von Steuereinnahmen von multinationalen Konzernen als zum Beispiel Deutschland. Die Steuereinnahmen von multinationalen Konzernen machen in vielen afrikanischen Ländern ungefähr 16–18 Prozent der Gesamtsteuereinnahmen aus, das ist eine beträchtliche Summe. Wenn diese Mittel erfolgreich eingetrieben werden könnten, wäre das eine große Unterstützung für die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder. Aber durch Steuerhinterziehung und -umgehung werden diese Steuern nicht bezahlt. Der multinationale Getränke-Konzern SAB Miller hat in Ghana weniger Steuern bezahlt als eine Kiosk-Frau, die Bier verkauft.

Das Anti-BEPS-Projekt¹ der G20 und der OECD versucht mehr Steuergerechtigkeit zu schaffen. Wie sehr waren die Länder des globalen Südens daran beteiligt?

Mit der Aufgabenstellung der OECD haben wir kein Problem. Aber die Entwicklungsländer waren größtenteils nicht eingeladen. Daher hatten wir diesen Slogan: „Wer nicht mit am Tisch ist, ist auf der Speisekarte.“ Aber was ist genau passiert? Sie haben etwas unter sich ausgemacht und wollen jetzt die Entwicklungsländer mit gleichen Rechten einbeziehen und damit ihre Beschlüsse umsetzen. Aber eigentlich hat die OECD gar kein Mandat, weltweit gültige Rechtsvorschriften oder -vorschläge zu machen. Das ist eine Aufgabe der UNO und wir sind prinzipiell dagegen, dass eine Struktur wie die OECD beabsichtigt so etwas zu tun. Die Steuerregelungen für die ganze Welt sollen nicht von den reichen Ländern erlassen werden. Es muss eine UNO-weite Verhandlung geben. Das wird nicht leichter sein, aber es ist der einzige legitime Weg.

Was bedeutet das jetzt für die Länder des globalen Südens? Wird die Besteuerung der multinationalen Konzerne jetzt tatsächlich gerechter oder sehen Sie hier noch Nachbesserungsbedarf?

Die Aktivitäten der Steuerhinterziehung finden in afrikanischen Ländern statt sowie auch in Deutschland. Aber die

Schlupflöcher befinden sich im reichen Norden. Die meisten Inseln sind nicht einmal unabhängig – sie sind z.B. Kronbesitzungen von Großbritannien. Solange keine Maßnahmen ergriffen werden, diese Schlupflöcher zu stopfen, kann die Steuerhinterziehung nicht wirksam bekämpft werden.

Afrika hat ein immenses Problem mit Steuerhinterziehung und Kapitalflucht. Die OECD hat einmal geschätzt, dass für jeden Dollar, der nach Afrika fließt, drei Dollar herausfließen. Ressourcen werden in großem Maße abgeschöpft. Wie kann man dieses grundlegende Problem in den Griff bekommen?

„Kann“ kommt nicht infrage, wir müssen das in den Griff bekommen. Es gibt Aufgaben, die die afrikanischen Länder lösen müssen und dafür kämpfen wir in den einzelnen Ländern. Dann gibt es Aufgaben, die in der sogenannten Entwicklungszusammenarbeit gelöst werden müssen, wie z. B. die Schlupflöcher, von denen ich gesprochen habe. Es ist auch in Europa bekannt, dass diese Steueroasen Kapitalflucht und Steuerhinterziehung in unheimlichem Ausmaß befördern. Und ich sehe nicht ein, warum sich die reichen Länder nicht zusammentun, um das zu verhindern. Es gibt Möglichkeiten, es gibt Ansätze, um in beschränktem Maße auch in Afrika etwas zu tun. Dafür kämpfen wir auch. Zum Beispiel kostet der Steuerwettbewerb zwischen afrikanischen Ländern eine Menge Geld. Und wir sind dafür, dass afrikanische Länder miteinander kooperieren anstatt zu konkurrieren. Unternehmen, die in Afrika investieren wollen, müssen auch bereit sein, Steuern zu zahlen. Diese multinationalen Konzerne sind manchmal größer als einige afrikanische Länder und die Regierungen dieser Länder werden bei bestem Willen nicht in der Lage sein, diese Sache zu meistern.

Sind diese Finanzflüsse, die den afrikanischen Kontinent verlassen, denn überhaupt transparent? Weiß man überhaupt, was wohin geht? Folgen Sie der Spur des Geldes?

Die entsprechenden Akteure sind natürlich sehr bemüht, ihr Geld versteckt zu halten, daher ist das sehr schwierig. Aber es gibt indirekte Methoden, die verwendet werden, um das Ausmaß grob abzuschätzen. Die letzte Schätzung einer Kommission unter Führung von Thabo Mbeki, dem früheren Präsidenten Südafrikas, die von der Afrikanischen Union eingesetzt wurde, ergab, dass Afrika im Jahr etwa 60 Mrd. US-Dollar in Form von Kapitalflucht und Steuerhinterziehung verliert – das ist eine Menge Geld.

Halten Sie eine sogenannte Weltsteuerbehörde, die beispielsweise den Vereinten Nationen beigelegt ist, für eine Möglichkeit, Entwicklungs- und Schwellenländern zu mehr Steuergerechtigkeit zu verhelfen? Und wenn ja, wie sollte diese Weltsteuerbehörde aussehen?

Das ist eine Frage der Mitbestimmung zwischen den Nationen. Die jetzt geltenden internationalen Steuergesetze sind vom Völkerbund (League of Nations) vor 100 Jahren veranlasst worden. Die Institution, die diesen Völkerbund ersetzt hat, sind die Vereinten Nationen. Es ist die einzige Organisation, in der alle Länder gleichberechtigt Mitglied sind. Wenn Lösung, Kooperation und Verhandlung im Rahmen der Vereinten Nationen stattfinden, haben auch zivilgesellschaftliche Akteure die Möglichkeit, Einfluss auf ihre Regierungen zu nehmen. Die Verhandlungen werden nicht leicht sein – die UNO ist nicht immer die beste Organisation – aber es gibt keine Alternative. Während der Entwicklungsfinanzierungskonferenz in Äthiopien letzten Juli haben die reichen Länder eine Weiterentwicklung in diese Richtung blockiert. Sie wollen nicht einmal, dass dieses Gremium überhaupt erwähnt wird. Sie haben gesagt, wenn es im Entwurf drinsteht, dann werden sie nicht weiterverhandeln. Warum blockieren Sie eine Verhandlung in den Vereinten Nationen? Ich will nicht sagen, dass die UNO die beste Organisation ist, aber es ist die einzige Institution, in der Länder gleichberechtigt über die Zukunft der Welt und die Finanzierung der Entwicklung diskutieren und Kompromisslösungen finden können. Es war so bei den Klimaverhandlungen und es könnte auch bei Steuerfragen so sein.

¹ Das Projekt Base Erosion and Profit Shifting (BEPS, auf Deutsch „Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung“) wurde von den G20- und OECD-Staaten ins Leben gerufen, um gegen schädlichen Steuerwettbewerb der Staaten und aggressive Steuerplanungen multinationaler Konzerne vorzugehen.

Methode D2 – Stationen Steuerflucht und Steueroasen

Inhaltliche Zielrichtung:

SuS erkennen an exemplarischen Beispielen die schädigende Wirkung von Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung. Sie wissen, dass viele bekannte Unternehmen und Einzelpersonen derartige Methoden nutzen.

Methode:

Stationslernen in Gruppen, Diskussion

Dauer:

45 Minuten

Material:

Informationsblätter für vier Tische/Ecken (siehe Kopiervorlagen)

Ablauf:

Die Informationsblätter werden in vier Ecken des Raumes ausgelegt und die Klasse teilt sich gleichmäßig auf diese

Ecken auf. Die SuS haben nun fünf Minuten Zeit, das dort liegende Material zu sichten und kurze Diskussionen zu führen. Nach einem Zeichen durch die Lehrkraft wandern alle Gruppen im Uhrzeigersinn zur nächsten Station und haben hier wiederum fünf Minuten Zeit zum Anschauen der Materialien. Wenn alle Gruppen alle Ecken besucht haben, erfolgt eine Auswertung im Plenum.

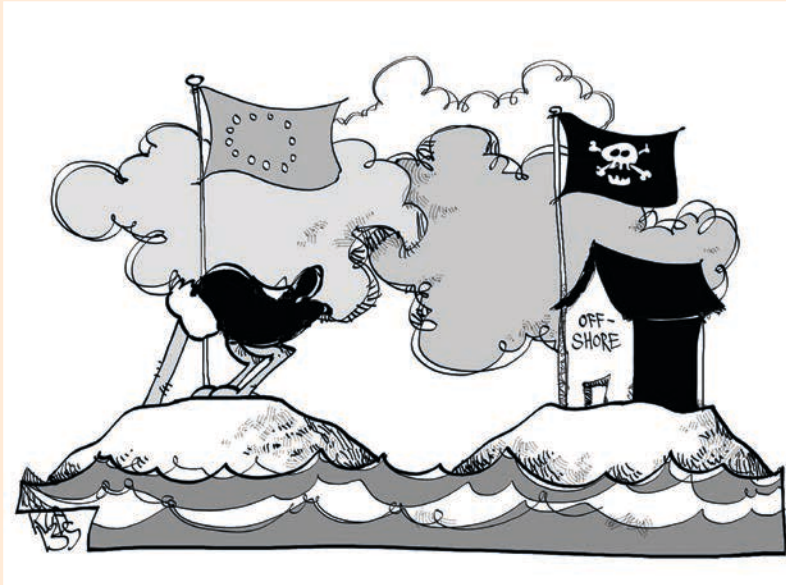
Jeder Themenblock einer Ecke wird durch die Lehrkraft kurz zusammengefasst und SuS können inhaltliche oder emotionale Impulse dazu äußern. Am Ende steht die Frage nach einer ethischen Bewertung von Geldwäsche, Steuerhinterziehung sowie -vermeidung und möglichen Ansätzen, mehr Gerechtigkeit zu fördern.

Themenblöcke:

1. Steueroasen und Schattenfinanzplätze
2. Folgen für Länder des Globalen Südens
3. Korrupte Politiker_innen und Privatpersonen
4. Steuervermeidung von Unternehmen

Steueroasen und Schattenfinanzplätze Karikatur zur Politik der Europäischen Union gegen Steueroasen

© Kostas Koufogiorgos



Steueroasen und Schattenfinanzplätze Webseite der Firma WGS

<http://gws-offshore.com>

50 – 51

Steueroasen und Schattenfinanzplätze

Merkmale von Steueroasen

(Quelle: OECD, 1998: Harmful Tax Competition)

- Steueroasen werden von Angehörigen anderer Staaten genutzt, um Steuerzahlungen im eigenen Land zu umgehen. Ausländer zahlen in Steueroasen keine oder niedrige Steuern;
- Keine Weitergabe relevanter Informationen an Finanzbehörden von Regierungen, deren Bürger_innen Steueroasen nutzen;
- Fehlende Transparenz;
- Investitionen oder Transaktionen werden alleine unternommen, um Steuern zu sparen. Firmen müssen nicht vorweisen, dass sie tatsächlich unternehmerisch tätig sind.

Einige Vorgehensweisen:

- Nutzung geheimer Bankkonten
- Anlegen von Offshore-Stiftungen bzw. Trusts
- Einrichten von Scheinfirmen
- Fälschung von Unterlagen
- Nutzung von Verrechnungspreisen
- Gewinnverschiebung durch Kreditvergabe zwischen Mutter- und Tochterfirmen
- Handel mit Lizenzen und Urheberrechten
- Verlagerung von Kapital bzw. eines Firmensitzes von einer Oase zur nächsten

Steueroasen und Schattenfinanzplätze

Financial Secrecy Index 2015

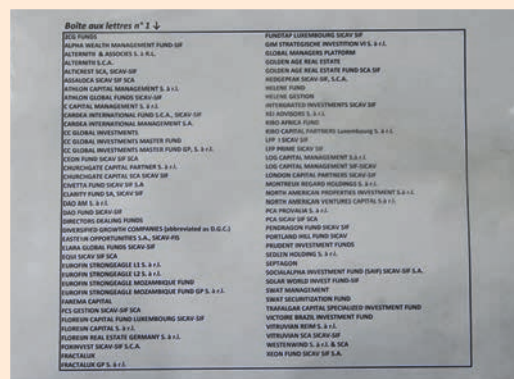
© Tax Justice Network

Rank	Jurisdiction	FSI Value	Secrecy Score	Global Scale Weight
1	Switzerland	1466,132	72,6	5,625
2	Hong Kong	1259,422	72	3,842
3	USA	1254,755	60	19,603
4	Singapore	1147,122	68,96	4,280
5	Cayman Islands	1013,158	65,24	4,857
6	Luxembourg	816,990	55,11	11,630
7	Lebanon	760,211	78,76	0,377
8	Germany	701,871	56,36	6,026
9	Bahrain	471,396	73,67	0,164
10	United Arab Emirates (Dubai)	440,763	77,44	0,085

Steueroasen und Schattenfinanzplätze

Briefkastenfirmen in Luxemburg

(Aufnahme: Mai 2015)



Folgen für Länder des Globalen Südens

Erfahrungen der nigrischen Regierung mit dem französischen Bergbauunternehmen Areva

(Quelle: Oxfam, 2014: Areva in Niger: who is benefiting from the uranium?)

Eigene Übersetzung)

Niger ist in der nicht beneidenswerten Lage, den niedrigsten „Human Development Index“ der Vereinten Nationen bekommen zu haben, da 60 Prozent der Bevölkerung von weniger als einem Dollar pro Tag leben. Niger ist auch der viertgrößte Uranproduzent der Welt. Das Land hat bisher sehr wenig für den Abbau seiner wertvollen natürlichen Ressourcen erhalten. Uran ist mit über 70 Prozent das größte Exportgut, trägt aber nur etwa fünf Prozent zum Steueraufkommen bei.

Areva, ein französisches Unternehmen, das zu 86 Prozent staatlich kontrolliert und führend in der globalen Kernenergie ist, baut in Niger seit mehr als 40 Jahren Uran ab. Während dieser Zeit hat das Unternehmen eine Reihe von Befreiungen u.a. bei der Mehrwert- und Treibstoffsteuer und bei Zöllen erhalten sowie ein Abkommen ausgehandelt, um einen Teil der Gewinne von der Besteuerung auszuschließen. Am Ende des Jahres 2013, als das letzte Zehn-Jahres-Abkommen mit der nigrischen Regierung abgelaufen war, mussten die beiden Parteien einen neuen Vertrag aushandeln. Die Regierung wollte dabei ein neues Gesetz anwenden, das Steuerbefreiungen beseitigen und Lizenzgebühren ändern würde (je nach Leistung des Unternehmens sollte der Satz von 5,5 Prozent auf 12 Prozent stufenweise ansteigen). Zum Vergleich: In Kanada z.B. beträgt eine Lizenzgebühr etwa 12 Prozent.

Areva wehrte sich stark gegen diese Veränderungen und zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Berichts [im Mai 2014] waren die Verhandlungen ins Stocken geraten. Das Unternehmen behauptete, dass durch Zahlung dieser Steuern ihr Geschäft unrentabel würde. Trotz des Stillstandes der Verhandlungen sucht Areva beständig neue Lagerstätten und setzt den Bergbau fort. Da Areva die Gewinne aus dem Bergbau in Niger nicht offenlegt, sind die Angaben und Forderungen des Unternehmens nur schwer zu prüfen und anzufechten.

Karte des Niger

© wikimedia



Folgen für Länder des Globalen Südens

Wie die Steuervermeidung der australischen Minengesellschaft Paladin Malawi, eines der weltweit ärmsten Länder, Millionen kostet – und was damit finanziert werden könnte

© Action Aid 2015

PALADIN – JUST ONE COMPANY – CUT ITS TAX BILL BY US\$43.16 MILLION IN MALAWI.

IN ONE YEAR, THIS COULD HAVE PAID FOR ONE OF THE FOLLOWING:

431,000

HIV/AIDS treatments



17,000

nurses in Malawi



8,500

doctors in Malawi



39,000

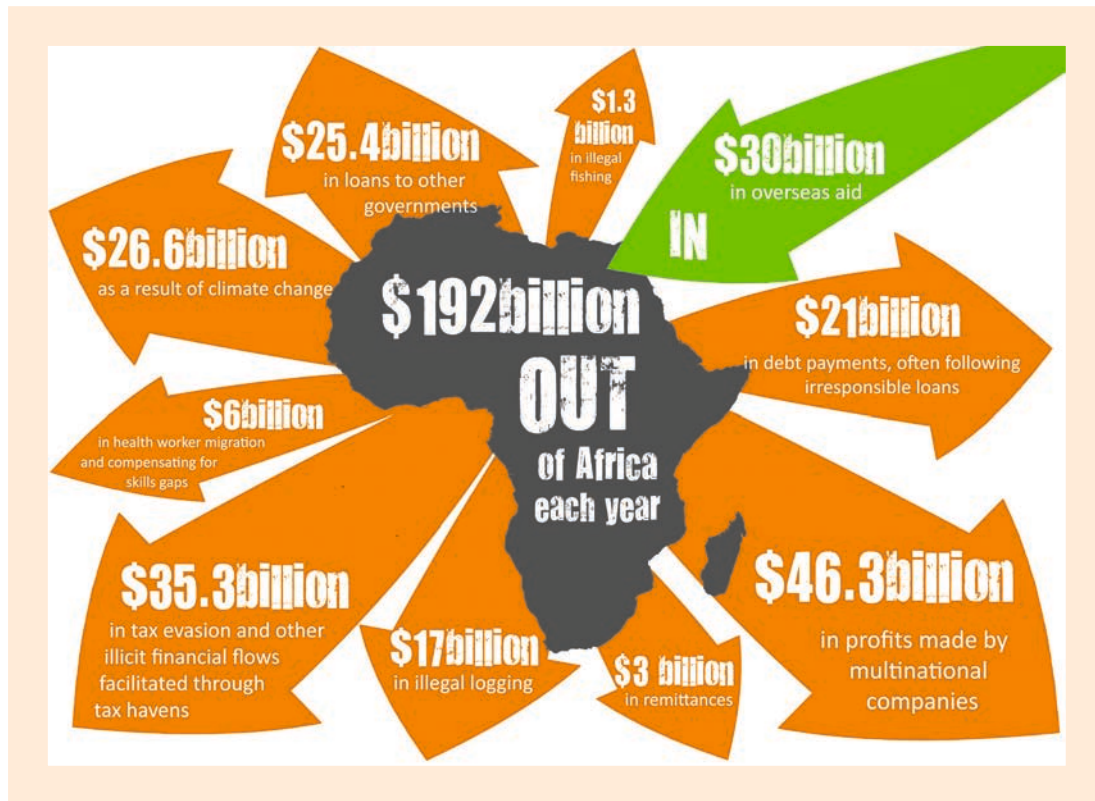
teachers in Malawi



Folgen für Länder des Globalen Südens

Wie Afrika Milliarden verliert und damit dem Rest der Welt „hilft“

© healthpovertyaction.org



Folgen für Länder des Globalen Südens

Für jeden Dollar Entwicklungshilfe verlieren Entwicklungsländer über zwei Dollar

© eurodad



54 – 55

Folgen für Länder des Globalen Südens

Open letter of 300 economists to end tax havens

9. Mai 2016

Dear world leaders,

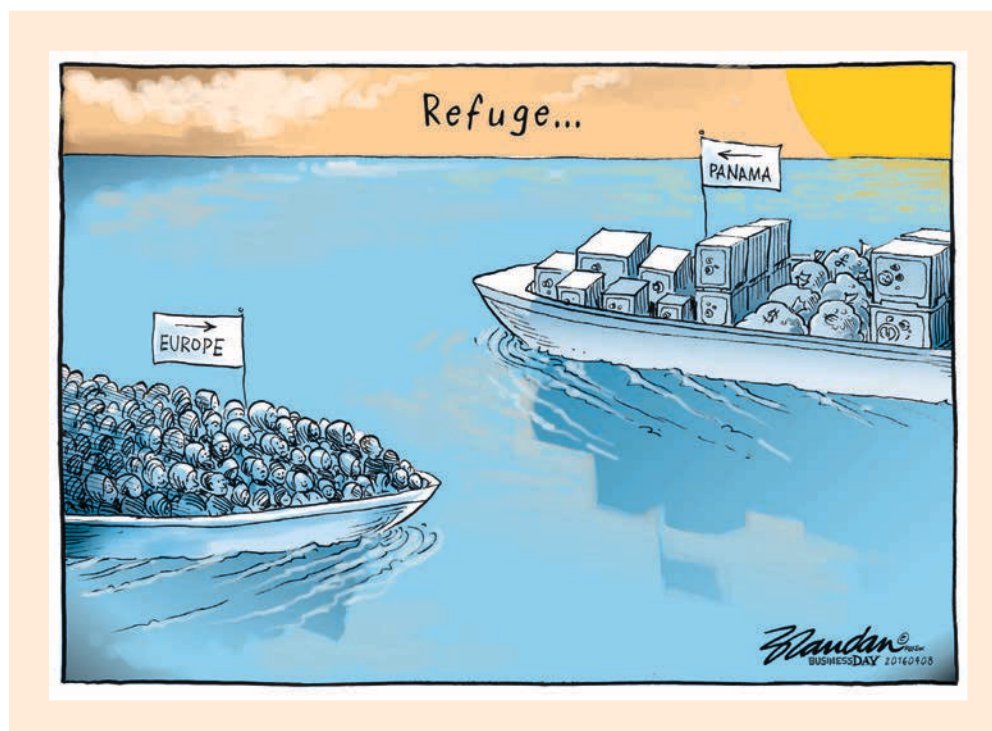
We urge you to use this month's anti-corruption summit in London to make significant moves towards ending the era of tax havens. The existence of tax havens does not add to overall global wealth or well-being; they serve no useful economic purpose. Whilst these jurisdictions undoubtedly benefit some rich individuals and multinational corporations, this benefit is at the expense of others, and they therefore serve to increase inequality. As the Panama Papers and other recent exposés have revealed, the secrecy provided by tax havens fuels corruption and undermines countries' ability to collect their fair share of taxes. While all countries are hit by tax dodging, poor countries are proportionately the biggest losers, missing out on at least \$170bn of taxes annually as a result. As economists, we have very different views on the desirable levels of taxation, be they direct or indirect, personal or corporate. But we are agreed that territories allowing

assets to be hidden in shell companies or which encourage profits to be booked by companies that do no business there, are distorting the working of the global economy. By hiding illicit activities and allowing rich individuals and multinational corporations to operate by different rules, they also threaten the rule of law that is a vital ingredient for economic success. To lift the veil of secrecy surrounding tax havens we need new global agreements on issues such as public country by country reporting, including for tax havens. Governments must also put their own houses in order by ensuring that all the territories, for which they are responsible, make publicly available information about the real "beneficial" owners of company and trusts. The UK, as host for this summit and as a country that has sovereignty over around a third of the world's tax havens, is uniquely placed to take a lead.

Korrumpierte Politiker_innen und Privatpersonen

Karikatur: Flucht von Menschen und von Kapital

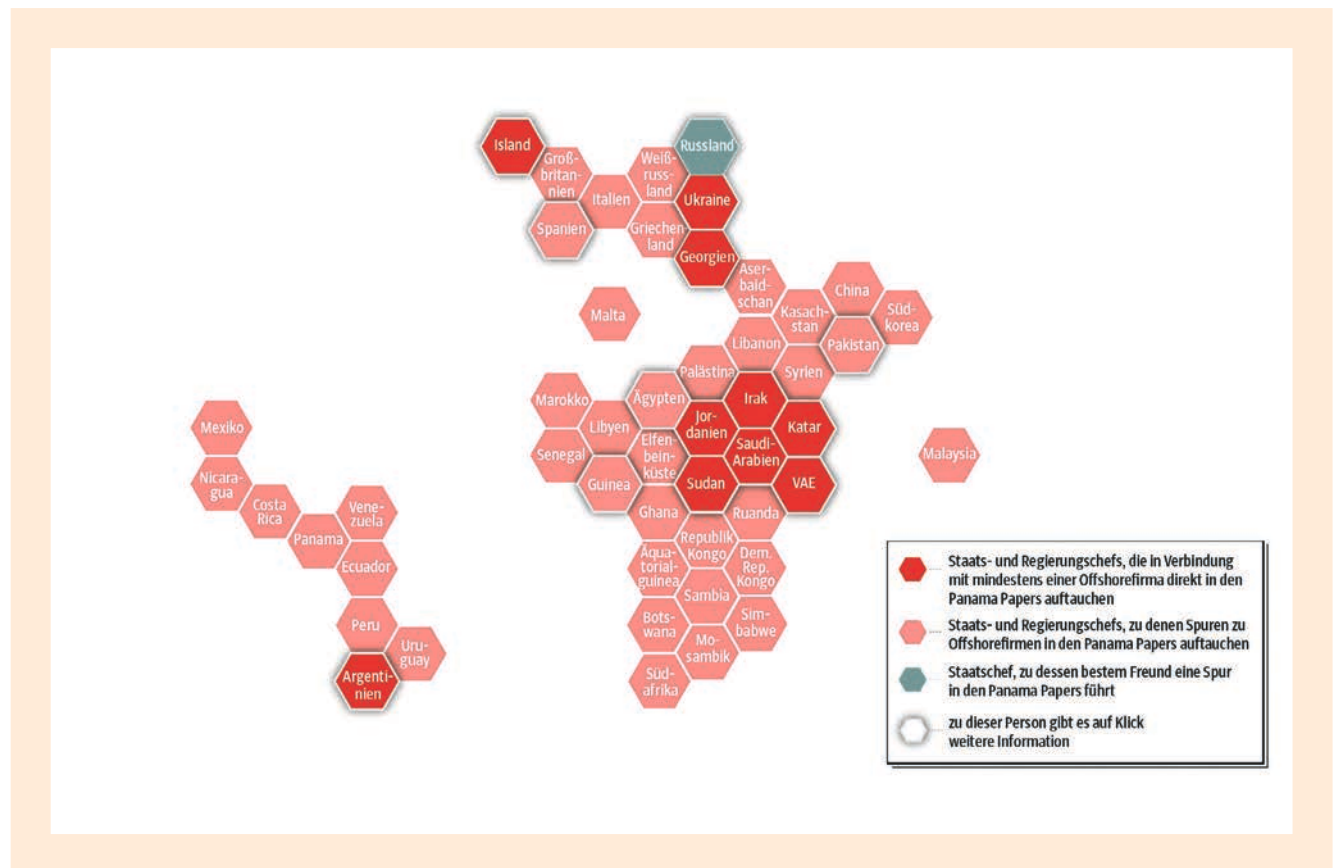
© Brandan Reynolds



Korrumpierte Politiker_innen und Privatpersonen

Grafik: Staats- und Regierungschefs, die in den Panama Papers auftauchen

© Süddeutsche Zeitung



Korrumpierte Politiker_innen und Privatpersonen

Strategie der Schweiz zur Sperrung, Einziehung und Rückführung von Potentatengeldern („Asset Recovery“)

Quelle: Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten der Schweiz

„Beim Phänomen der sogenannten Potentatengelder handelt es sich um Fälle, in denen sich ausländische politisch exponierte Personen (PEP) und ihnen nahestehende Personen unrechtmässig bereichern, indem sie sich durch Korruption oder andere Verbrechen Vermögenswerte aneignen und auf Finanzplätzen ausserhalb des Herkunftsstaates beiseite schaffen. Die Schweiz hat kein Interesse daran, derartige Vermögenswerte auf ihrem Finanzplatz zu beherbergen. Sie hat deshalb seit 1986, nach dem Sturz des philippinischen Diktators Ferdinand Marcos, ein Instrumentarium entwickelt, um Potentatengelder abzuwehren bzw. diese an die Herkunftsstaaten zurückzuerstatten. Seither hat die Schweiz ihre Praxis im Umgang mit Potentatengeldern Schritt für Schritt weiterentwickelt. [...] Als ausländische politisch exponierte Personen im Sinn der

vorliegenden Strategie gelten Personen, die im Ausland mit führenden öffentlichen Funktionen betraut sind oder worden sind, insbesondere Staats- und Regierungschefinnen und -chefs, hohe Politikerinnen und Politiker auf nationaler Ebene, hohe Funktionärinnen und Funktionäre in Verwaltung, Justiz, Militär und Parteien auf nationaler Ebene sowie die obersten Organe staatlicher Unternehmen von nationaler Bedeutung. Miteinbegriffen werden auch natürliche Personen, die den PEP aus familiären, persönlichen oder geschäftlichen Gründen erkennbar nahestehen. Mit „Potentatengeldern“ sind damit im Folgenden ausschliesslich Vermögenswerte gemeint, die sich ausländische politisch exponierte Personen durch Korruption und ähnliche Verbrechen unrechtmässig angeeignet haben.“

56 – 57

Korrumpierte Politiker_innen und Privatpersonen
Beschlagnahme von Geldern nach dem Arabischen Frühling

Quelle: Welt



Steuervermeidung von Unternehmen

Zitat aus: Andreas Sieren / Frank Sieren, 2015: Der Afrika-Boom: Die große Überraschung des 21. Jahrhunderts. München: Hanser.

„[...] Häufig fahren einzelne ausländische Firmen legal Gewinne ein, die höher sind als das Bruttoinlandsprodukt einzelner Länder. So verbuchte der britisch-niederländische Shell-Konzern 2012 weltweite Einnahmen von rund 450 Mrd. US-Dollar, etwa doppelt so viel wie das BIP Nigerias und viermal so viel wie das BIP von Angola. Das allein ist natürlich noch nicht verwerflich, zeigt aber den Spielraum in Sachen Steuern. Annan rief zu mehr Transparenz bei den Geldflüssen auf. "Alle ausländischen Unternehmen sollten dazu verpflichtet werden, die Nutznießer ihrer Gewinne offenzulegen." Nur so könne klar werden, wer in Afrika davon profitiert.“

Steuervermeidung von Unternehmen

**Zitat aus: Ajumobogia Okeke, 2015: Nigerian Energy Sektor
Legal & Regulatory Overview (eigene Übersetzung)**

„2012 hat die Bundesregierung von Nigeria neue Gesetze mit Steuererleichterung von Unternehmen erlassen, um ausländische Investitionen anzuziehen. Diese „Company Income Tax“ besteht aus drei Teilen und bezieht sich auf Unternehmen, die in Nigeria tätig sind. Die Teile sind:

1. Steuererleichterung für Beschäftigung, die ein Unternehmen von der Einkommensteuer für fünf Prozent seines ermittelbaren Gewinns befreit, vorausgesetzt, 60 Prozent der Arbeitnehmer_innen sind ohne jegliche Berufserfahrung und mindestens zehn Mitarbeiter_innen sind im Unternehmen.
2. Erleichterung im Rahmen von Programmen zum Erwerb von Arbeitserfahrung, welche eine Einkommensteuerbefreiung für fünf Prozent des ermittelbaren Gewinns gewährt, vorausgesetzt, dass das Unternehmen fünf neue Mitarbeiter_innen für mindestens zwei Jahre beschäftigt.
3. Steuererleichterung für Infrastruktur, welche eine Einkommensteuerbefreiung für 30 Prozent der Kosten für die Bereitstellung von Infrastrukturen oder Einrichtungen wie Straßen, Wasser und Elektrizität öffentlicher Art gewährt.

Einen weiteren Anreiz gibt es für Anleger im Stromsektor. Der jüngste Schritt der Bundesregierung Nigerias zur Erhöhung der Stromerzeugungskapazität hat zur Privatisierung des Energiesektors geführt. Die meisten Unternehmen, die an der Stromerzeugung interessiert sind, profitieren von den riesigen Gasreserven in Nigeria und gründen gasgefeuerte Anlagen. So haben Unternehmen, die an der Nutzung von Gas beteiligt sind, Anspruch auf Anreize wie eine anfängliche steuerfreie Frist von drei Jahren (verlängerbar um weitere zwei Jahre), schnellere Freibeträge für Kapital und steuerfreie Dividenden während des Steuerjahrs.“

Anmerkung:

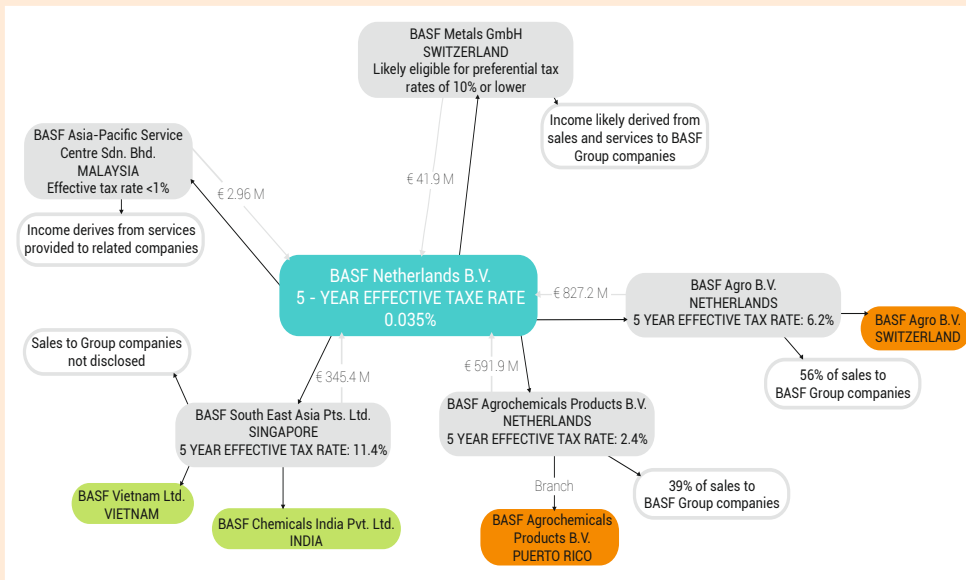
Eine der Firmen, die von der Privatisierung des nigerianischen Stromsektors profitiert haben, ist Siemens.

Steuervermeidung von Unternehmen

Beispiel BASF: Kaum Steuern in den Niederlanden

© EFA/Grüne Fraktion EP (aus: Marc Auerbach, 2016: Toxic Tax Deals –

When BASF's Tax Structure Is More About Style Than Substance)



Steuervermeidung von Unternehmen

Beispiel Vodafone: Steuernachforderung in Indien

Quelle: Handelsblatt

Wirtschaftsklub nPaper Archiv Abo Veranstaltungen Mittwoch, 08.03.2017

Handelsblatt

Industrie • Finanzen • Unternehmen • Politik • Technik • Auto • Sport • Panorama

Industrie • Banken • Versicherungen • Handel • Konsumgüter • Dienstleister • IT • Medien • Mittelstand • ...

Handelsblatt • Unternehmen • IT • Medien • Zahlungserinnerung: Vodafone soll in Indien zwei Milliarden Dollar Steuern nachzahlen

ZAHLENGERINNERUNG

Vodafone soll in Indien zwei Milliarden Dollar Steuern nachzahlen

Datum: 05.01.2013 11:46 Uhr

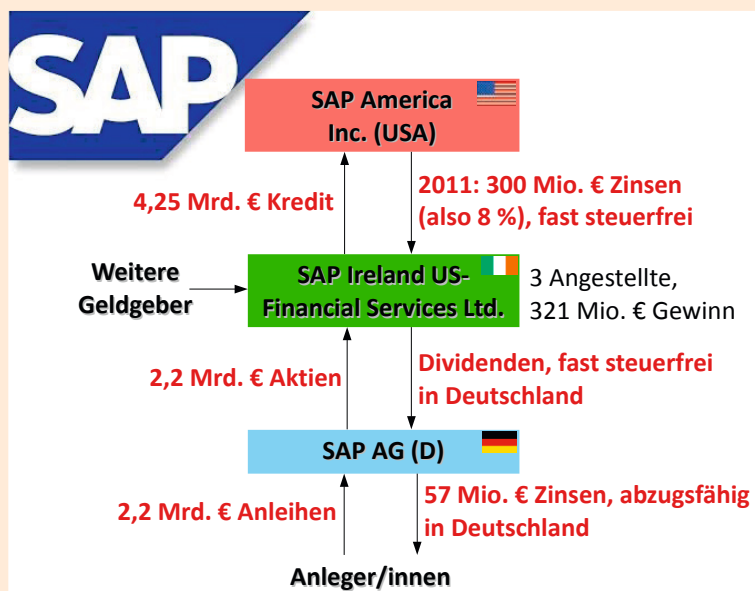
Für Vodafone könnte eine Steuernachzahlung in Indien teuer werden. Rund zwei Milliarden Dollar verlangen die indischen Steuerbehörden von dem Mobilfunkunternehmen. Vodafone sieht jedoch keinen Grund, das Geld zu zahlen.

Facebook Twitter Google+ Xing LinkedIn

Steuervermeidung von Unternehmen

Beispiel SAP: Überhöhte Zinsen für unternehmens-internen Kredit über Irland

Quelle der Zahlen: Tom Bergin: Special Report: How a German tech giant trims its U.S. tax bill. Reuters 20.9.2013



Methode D3 – Ausgebeutete Demokratische Republik Kongo

Inhaltliche Zielrichtung:

SuS erkennen den Zusammenhang zwischen Armut innerhalb des Landes und der vergangenen und heutigen Ausbeutung von Menschen und Rohstoffen. Ihnen ist bewusst, dass die schlechte wirtschaftliche und staatliche Situation in der DR Kongo historische Ursachen hat, auf globalen Macht- und Wirtschaftsverhältnissen beruht und durch eine korrupte Staatsregierung verschärft wird.

Methode:

Zeitstrahl

Dauer:

30 Minuten

Material:

Ereignisse auf Zetteln (siehe Kopiervorlage), Zeitstrahl mit den Jahreszahlen 1500 und 2000, Weltkarte

Ablauf:

Nach einer kurzen Erläuterung der Methode und dem Aufzeigen des Landes Kongo auf einer Weltkarte werden den SuS einzelne Ereigniskarten gegeben. Sie sollen sich diese durchlesen und überlegen, wann dieses Ereignis stattgefunden haben könnte. Sie legen ihr Ereignis auf den Zeitstrahl und schauen, ob diese zeitliche Position mit den anderen Ereignissen zusammen passt. Falls nicht, ist es möglich, Ereignisse zu verschieben. Sind alle Ereignisse auf den Zeitstrahl gelegt und ist die Klasse mit der Anordnung zufrieden, werden die Ereignisse einzeln besprochen, Jahreszahlen benannt und kurz ein paar Hintergrundinformationen gegeben. Zentrale Diskussionsfrage am Ende ist die Einschätzung, durch welche Abhängigkeiten und Machtverhältnisse die aktuelle Situation aufrechterhalten wird und welche perspektivischen Möglichkeiten die SuS sehen, wie die Bevölkerung im Kongo ihre Situation verbessern könnte.

Übersicht Zeitstrahl:

- 1400 Das Königreich Kongo entsteht, welches eines der bedeutendsten Staatswesen in dieser Zeit auf dem afrikanischen Kontinent ist.
- 1885 Der belgische König Leopold II. bekommt das Gebiet des heutigen Kongos auf der Berliner Westafrika-Konferenz, zu der Reichskanzler Bismarck nach Berlin eingeladen hatte, als Privatbesitz übertragen.
- 1888-1908 Der belgische König beutet den Kongo durch Sklaverei und Zwangsarbeit gnadenlos aus. Es wird geschätzt, dass acht bis zehn Millionen Kongoles_innen den Tod fanden, etwa die Hälfte der damaligen Bevölkerung.
- 1908 Das belgische Parlament zwingt König Leopold II. zur Abgabe der Kolonie Kongo. Ab jetzt beutet das Land Belgien die Kolonie Kongo aus.
- 1960 Die Republik Kongo befreit sich von der Kolonialmacht Belgien und wird unabhängig. Patrice Lumumba wird erster Ministerpräsident. Er tritt als entschiedener Verfechter von Freiheit und Würde für das kongolesische Volk auf.
- 1961 Patrice Lumumba wird entführt und getötet. Untersuchungen kamen zu dem Ergebnis, dass die Tötung Lumumbas direkt von den Regierungen Belgiens und den USA angeordnet und vom amerikanischen Geheimdienst CIA und örtlichen, von der belgischen Regierung finanzierten Helfern ausgeführt wurde.
- 1965 Mobutu Sese Soko putscht sich an die Macht und errichtet eine Diktatur. Er wird von westlichen Ländern unterstützt, die verhindern wollen, dass der Kongo unter den Einfluss der Sowjetunion gerät (Kalter Krieg).
- 1982 Mobutu fliegt mit 100 Leuten in einer Regierungsmaschine nach Disneyworld, die Kosten werden auf zwei Mio. US-Dollar geschätzt.
- 1991 Schätzungen über Mobutus Vermögen reichen von 50 Mio. bis fünf Mrd. US-Dollar, auch bei der Deutschen Bank soll er ein Konto haben.
- 1997 Verhandlungen zwischen Mobutu und Rebellengruppen unter der Leitung Nelson Mandelas und internationaler Druck führen zum Rücktritt Mobutus. Laurent-Désiré Kabila wird neuer Präsident. Rebellen versuchen jedoch, ihn wieder zu stürzen, und es kommt zu einem Bürgerkrieg.
- 1997 Die Schweiz friert vorläufig 7,7 Millionen Franken Vermögen von Mobutu und seiner Familie ein.
- 2003 Der Bürgerkrieg endet. Alle Kriegsparteien bilden eine gemeinsame Übergangsregierung.
- 2006 Die ersten freien Wahlen nach dem Bürgerkrieg finden statt. Die Partei von Kabila geht mit 44,8 Prozent als Sieger aus dem ersten Wahlgang hervor.
- 2008-2009 Die DR Kongo lässt alle Anklagen gegen Mobutus ehemaliges Umfeld fallen und die Schweiz stoppt die Blockade des Vermögens der Mobutu-Familie.
- 2010 Das US-Gesetz „Dodd-Frank Act“ verlangt von allen Unternehmen, die an amerikanischen Börsen notiert sind, einen Nachweis, dass ihre Ausgaben für Rohstoffe aus dem Kongo (und anderen Staaten) auf keinen Fall bewaffnete Gruppen finanzieren.
- 2016 Die Staatsausgaben des Kongos betragen acht Milliarden Euro für ein Land mit 75 Millionen Menschen.
- 2017 US-Präsident Donald Trump annulliert die Passage im „Dodd-Frank Act“ zur Transparenz im Rohstoffsektor.

Hintergrundinformation:

Adam Hochschild, 2002: Schatten über dem Kongo. Die Geschichte eines der großen, fast vergessenen Menschheitsverbrechen. Berlin.

Keith B. Richburg, 3.10.1991: MOBUTU: A RICH MAN IN POOR STANDING. Washington Post, <https://www.washingtonpost.com/archive/politics/1991/10/03/mobutu-a-rich-man-in-poor-standing/49e66628-3149-47b8-827f-159dff8ac1cd>

Karte der Demokratischen Republik Kongo

© wikimedia



62 – 63



Der belgische König Leopold II. bekommt das Gebiet des heutigen Kongos auf der Berliner Westafrika-Konferenz, zu der Reichskanzler Bismarck nach Berlin eingeladen hatte, als Privatbesitz übertragen.

Mobutu Sese Soko putscht sich an die Macht und errichtet eine Diktatur. Er wird von westlichen Ländern unterstützt, die verhindern wollen, dass der Kongo unter den Einfluss der Sowjetunion gerät (Kalter Krieg).

US-Präsident Donald Trump annulliert die Passage im „Dodd-Frank Act“ zur Transparenz im Rohstoffsektor.

Die Schweiz friert vorläufig 7,7 Millionen Franken Vermögen von Mobutu und seiner Familie ein.

Die Staatsausgaben der DR Kongo betragen acht Milliarden Euro für ein Land mit 75 Millionen Menschen.

Der Bürgerkrieg endet. Alle Kriegsparteien bilden eine gemeinsame Übergangsregierung.

Der belgische König beutet den Kongo durch Sklaverei und Zwangsarbeit gnadenlos aus. Es wird geschätzt, dass acht bis zehn Millionen Kongoles_innen den Tod fanden, etwa die Hälfte der damaligen Bevölkerung.

Die Republik Kongo befreit sich von der Kolonialmacht Belgien und wird unabhängig. Patrice Lumumba wird erster Ministerpräsident. Er tritt als entschiedener Verfechter von Freiheit und Würde für das kongolesische Volk auf.

Das belgische Parlament zwingt König Leopold II. zur Abgabe der Kolonie Kongo. Ab jetzt beutet das Land Belgien die Kolonie Kongo aus.

Schätzungen über Mobutus Vermögen reichen von 50 Mio. bis fünf Mrd. US-Dollar, auch bei der Deutschen Bank soll er ein Konto haben.

Patrice Lumumba wird entführt und getötet. Untersuchungen kamen zu dem Ergebnis, dass die Tötung Lumumbas direkt von den Regierungen Belgiens und der USA angeordnet und vom amerikanischen Geheimdienst CIA und örtlichen, von der belgischen Regierung finanzierten Helfern ausgeführt wurde.

Verhandlungen zwischen Mobutu und Rebellengruppen unter der Leitung Nelson Mandelas und internationaler Druck führen zum Rücktritt Mobutus. Laurent-Désiré Kabila wird neuer Präsident. Rebellen versuchen jedoch, ihn wieder zu stürzen und es kommt zu einem Bürgerkrieg in der DR Kongo.



Das US-Gesetz „Dodd-Frank Act“ verlangt von allen Unternehmen, die an amerikanischen Börsen notiert sind, einen Nachweis, dass ihre Ausgaben für Rohstoffe aus der DR Kongo (und anderen Staaten) auf keinen Fall bewaffnete Gruppen finanzieren.

Die DR Kongo lässt alle Anklagen gegen Mobutus ehemaliges Umfeld fallen und die Schweiz stoppt die Blockade des Vermögens der Mobutu-Familie.

Die ersten freien Wahlen nach dem Bürgerkrieg finden statt. Die Partei von Kabila geht mit 44,8 Prozent als Sieger aus dem ersten Wahlgang hervor.

Das Königreich Kongo entsteht, welches eines der bedeutendsten Staatswesen in dieser Zeit auf dem afrikanischen Kontinent ist.

Mobutu fliegt mit 100 Leuten in einer Regierungsmaschine nach Disneyworld, die Kosten werden auf zwei Mio. US-Dollar geschätzt.

Anhang

Lektürehinweise

Nicholas Shaxson, 2011: Schatzinseln: Wie Steueroasen die Demokratie untergraben. Zürich.

Emile van der Does de Willebois / Emily M. Halter / Robert A. Harrison / Ji Won Park / J.C. Sharman, 2011: The Puppet Masters – How the Corrupt Use Legal Structures to Hide Stolen Assets and What to Do About It.
<https://star.worldbank.org/star/sites/star/files/puppet-mastersv1.pdf>.

Markus Henn / Markus Meinzer / Sarah Mewes, 2013: Schattenfinanzzentrum Deutschland – Deutschlands Rolle bei globaler Geldwäsche, Kapitalflucht und Steuervermeidung. Hrsg.: Netzwerk Steuergerechtigkeit, WEED, Global Policy Forum, Misereor und Tax Justice Network.
www2.weed-online.org/uploads/schattenfinanzzentrum_deutschland.pdf.

Gabriel Zucman, 2014: Steueroasen: Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird. Frankfurt/Main.

Markus Meinzer, 2015: Steueroase Deutschland – Warum bei uns viele Reiche keine Steuern zahlen. München.

Stefan Bach / Martin Beznoska / Viktor Steiner, 2016: Wer trägt die Steuerlast in Deutschland? Steuerbelastung nur schwach progressiv. DIW Wochenbericht Nr. 51+52.

Karl-Martin Hentschel, 2016: Der Kampf gegen aggressive Steuervermeidung hat begonnen – aber der Weg ist noch lang. Eine Zwischenbilanz nach den Panama Papers und BEPS. Hrsg.: Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland.
www.netzwerksteuergerechtigkeit.files.wordpress.com/2014/06/info-steuergerechtigkeit_stand-nach-beps3.pdf.

Friedrich-Ebert-Stiftung / WEED / Netzwerk Steuergerechtigkeit, 2016: Keine Steuern, Keine Entwicklung – Wege zur gerechten Besteuerung multinationaler Unternehmen.
www2.weed-online.org/uploads/keine-steuer-keine-entwicklung.pdf.

Bastian Obermayer / Frederik Obermaier, 2016: Panama Papers: Die Geschichte einer weltweiten Enthüllung. Köln.

Joseph Stiglitz / Mark Pieth, 2017: Die Schattenwirtschaft überwinden. Hrsg.: Friedrich-Ebert-Stiftung.
<http://library.fes.de/pdf-files/iez/13083.pdf>.

WEED: Aktivität deutscher Großunternehmen in Steueroasen/Schattenfinanzplätzen und Investitionen darüber in Entwicklungs- und Schwellenländer sowie in deren Sonderwirtschaftszonen:
www2.weed-online.org/uploads/tabelle_aktivitaet_deutscher_grossunternehmen.pdf.

WEED: Politisch exponierte Personen und ihre (vermuteten) illegitimen Gelder in Deutschland und bei deutschen Banken:
www2.weed-online.org/uploads/politisch_exponierte_personen_deutschland.pdf.

Financial Secrecy Index des Tax Justice Network:
www.financialsecrecyindex.com.

Panama Papers:
<https://panamapapers.icij.org>.

BEPS-Projekt der OECD:
www.oecd.org/tax/beps.

UN Committee of Experts on International Cooperation in Tax Matters:
www.un.org/esa/ffd/tax.

Impressum

Herausgeber:

WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V.

Eldenaer Str. 60, 10247 Berlin

030-27582163, www.weed-online.org

Netzwerk Steuergerechtigkeit Deutschland

c/o WEED e.V., Eldenaer Str. 60, 10247 Berlin

030-27582614, www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de

In Zusammenarbeit mit:

EPIZ e.V. – Zentrum für Globales Lernen

Schillerstr. 59, 10627 Berlin

030-6926419, www.epiz-berlin.de

© WEED, März 2017, Creative Commons Lizenz 4.0

(Namensnennung – Nicht-kommerziell – Weitergabe unter gleichen Bedingungen) International

Erstellung und Redaktion:

Jens Mätschke (EPIZ), Lisa Metzinger und Markus Henn (WEED), Lisa Großmann und Sarah Godar (Netzwerk Steuergerechtigkeit)

Gestaltung/Layout:

gooder, www.gooder-studio.com

Druck:

die UmweltDruckerei, www.dieumweltdruckerei.de

Bezug:

Dieses Unterrichtsmaterial steht Ihnen im Netz frei zum Herunterladen zur Verfügung unter: www.weed-online.de, www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de und www.epiz-berlin.de.

Förderhinweis:

Dieses Bildungsmaterial wurde finanziell gefördert von Engagement Global gGmbH im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Für den Inhalt ist alleine WEED verantwortlich; die dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des BMZ wieder. WEED dankt außerdem Brot für die Welt für eine Institutionelle Förderung.

